Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.– Mark
in Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447–51

Nr. 13 | Hamburg, den 28. März 1919. | 4. Jahrg.

Inhalt:

Völkerbund und Währungswirrnis ..... Seite 253
Zur Entwicklung der Löhne ..... „ 255
Länder-Berichte:
England ..... „ 256
Schweden ..... „ 259
Dänemark ..... „ 260
Vereinigte Staaten ..... „ 262
Aegypten und Sudan ..... Seite 263
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... „ 264
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 268
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 269
Getreide und Futtermittel ..... „ 271
Wichtige Neueingänge ..... „ 272

Völkerbund und Währungswirrnis

Wenn vor dem Kriege von einer internationalen Ordnung des Geldwesens gesprochen wurde, so war es immer der Gedanke eines Münzbundes oder Münzvertrags, um den sich alle organisatorischen Pläne bewegten. Zu tief war der Glaube eingewurzelt, alles Geldwesen sei im Grunde nur Münzwesen, vermehrt um einige schwer zu entbehrende, aber gefährliche Neuerungen des Noten- und Girobankwesens. Man meint daher, es genüge, das bare Geld aller Kulturstaaten nach dem gleichen Münzfuß zu schlagen, um auch die Einheit des internationalen Zahlungswesens zu gewährleisten; am besten sei es freilich, eine internationale Währungsmünze zu schaffen, die in allen Staaten zum „gesetzlichen Zahlungsmittel" erhoben wird: Handel und Wandel können dann mit einer für alle Länder gleichen Werteinheit rechnen, und es erübrige sich, ausländische Zahlungsmittel auf dem Devisenmarkt zu erwerben, wenn Zahlungen an ein fremdes Land zu leisten sind; überdies würde die Einrichtung die internationale Solidarität der Völker zugleich ausdrücken und stärken; es wäre der Anfang einer überstaatlichen Organisation der Kulturstaaten und der Grundstein eines neuen Menschheitsgebäudes...

Wer durch die Geschichte der europäischen Münzunionen noch nicht belehrt ist, daß diese Gedanken nicht der Realität der Dinge standhalten, sollte aus den Erfahrungen des Krieges gelernt haben, daß alle gleichen Münzfüße der Welt nicht hinreichen, die Gleichheit der Valutakurse zu erzwingen, solange Staaten fortbestehen, die autonome Handelspolitik und Bankpolitik betreiben. Die Existenz von Bargeld, das den gleichen Metallgehalt in sich schließt, bleibt wirkungslos, wenn nicht die Staaten sich verpflichten können, die Einlösung ihrer Noten und Giralguthaben in dieses Bargeld unter allen Umständen aufrechtzuerhalten; zu dieser Verpflichtung aber ist kein Staat imstande, der weiß, was er unterschreibt, und den Willen hat, seine Verpflichtungen einzuhalten. Der Traum eines Weltgeldes ist nur erfüllbar, wenn die Staaten einwilligen, einen Weltstaat zu bilden, dem sie einen wesentlichen Teil ihrer Hoheitsrechte auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet abtreten können. Einheitliche Währung bedeutet einheitliche Zahlungsbilanz. Ein Land, dessen Wirtschaftsführung imstande ist, Angebot und Nachfrage ausländischer Zahlungsmittel ohne Erschütterung der Valutakurse ins Gleichgewicht zu setzen, wird sich nicht mit einem Land mit stetig sinkender Valuta währungspolitisch verbinden können ohne die stärksten Garantien, daß die Wirtschaftsführung des zweiten Landes nach den gleichen Maximen wie die eigene geleitet wird. Die Einheit des Geldwesens kann nur der krönende Abschluß, nicht der tragende Unterbau einer solchen überstaatlichen Ordnung sein. Wie aber zurzeit die Aussichten für eine einheitliche Leitung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der fünf Kontinente stehen, mag jeder Leser sich selbst beantworten.

So wären wir dazu verurteilt, das Chaos der Valutakurse fortbestehen zu lassen und darauf zu warten, bis allmählich, höchst allmählich wieder etwas Ordnung in die Wirrnis des internationalen Währungswesens kommt, im gleichen Maße wie sich ein neues, inneres und äußeres Gleichgewicht der durch Krieg und Revolution aus ihrer Bahn geschleuderten Volkswirtschaften herstellt? Wenn wir noch mit den Maßstäben der Zeit vor dem Kriege messen würden, so scheint der Wiederaufbau des Außenhandels unter solchen Bedingungen bis zur Unmöglichkeit erschwert. Jeder Kaufmann kennt die Gefahren des Handels mit einem Land mit schwankender Währung. Durch Kursversicherung mag ein großer Teil der Risiken gedeckt werden. Aber es sind Zustände denkbar, in denen auch Kursversicherungen nicht oder nur unter unerträglichen Bedingungen abgeschlossen werden können. In jedem Fall wird in die Wirtschaft ein aleatorisches Element hineingetragen, das, wie die Erfahrung lehrt, ganze Bevölkerungsschichten zu Spielern zu machen pflegt. Die Schwankungen der Kurse werden dem Spieltrieb um so mehr entgegenkommen, als sie vielfach von schwerer übersehbaren Motiven als vor dem Kriege bestimmt sein werden: das Schicksal der Währungen wird in den nächsten Jahren weniger von den Schwankungen von Einfuhr und Ausfuhr als von der Gewährung und Verlängerung von kurzfristigen Valuta-Darlehen

abhängen, deren Abschluß öfter eine Sache des Staates, als der privaten Wirtschaft sein wird.

So schwer aber diese Übelstände ertragen werden können, so wird man sich doch mit ihnen abfinden müssen, wenn nicht ganz neue Wege intervalutarischer Politik eingeschlagen werden. Überläßt man es der autonomen Währungspolitik der einzelnen Staaten, durch Sonderverträge zwischen zwei Kontrahenten auf die Kurse einzuwirken, so wird eine planmäßige Entwirrung der intervalutarischen Verhältnisse kaum möglich sein. An einer solchen aber hat nicht nur Deutschland ein gewichtiges Interesse. Auch den Staaten des feindlichen Verbandes muß daran gelegen sein, daß die Mark nicht völlig entwertet wird, denn mit jeder Sinkung des Markkurses verringert sich auch die Fähigkeit Deutschlands, die ihm auferlegten Entschädigungssummen in ausländischer Währung aufzubringen und wächst zugleich die im Valutavorsprung liegende Prämie für die deutsche Ausfuhr. Daß aber, darüber hinaus, das Valuta-Problem nicht nur für die Mittelmächte besteht, sondern auch für die europäischen Glieder des feindlichen Verbandes, zeigt die Entwicklung des New Yorker Pfund- und Frankenkurses in der zweiten Märzhälfte:

	Paris Sicht	London 60 T	London Cable Tr.
2. Januar	5,45,50	4,73,50	4,76,55
1. Februar	5,45,62	4,73,50	4,76,55
1. März	5,49,25	4,73	4,76,45
17. März	5,57,12	4,73	4,76,45
21. März	5,71,50	4,67,50	4,70,50
22. März	5,76	4,60	4,65
24. März	5,80	4,60	4,64
26. März	5,83	4,58	4,62

Der Kursrückgang des Pfund Sterling und des Franken ist bei weitem der interessanteste, der seit Ausbruch des Krieges zu verzeichnen war. Er bedeutet das — vielleicht nur vorläufige, darum aber nicht weniger denkwürdige — Ende der Stabilisierungs-Politik, durch die das Pfund Sterling in New York seit dem Herbst 1915 auf der gleichen Kurshöhe gehalten worden war — mit größerer Festigkeit und Genauigkeit als jemals früher unter der Herrschaft der Goldwährung. Denn dies ist wichtig: die Stabilität des New Yorker Pfundkurses während der letzten Kriegsjahre wird nicht dem freien Spiel der Kräfte der Goldarbitrage verdankt, sondern allein der Valutapolitik der amerikanischen Regierung, die zu einem feststehenden Kurse Pfundwechsel kaufen und verkaufen ließ. Eine solche Politik bedingt, daß dasjenige Land, zu dessen Gunsten am Ende einer bestimmten Abrechnungsperiode ein Forderungsüberschuß besteht, diesen Saldo dem Schuldnerland so lange stundet, bis dieses im Stande ist, ihn abzudecken. Seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg ist den europäischen Alliierten diese Sorge, die sie im Winter 1916/17 schwer bedrückt hatte, gänzlich abgenommen worden. Erst in den letzten Wochen scheinen die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Wilson und der Entente in Sachen West- und Ostdeutschlands einen Wechsel in der amerikanischen Valutapolitik herbeigeführt zu haben.

Die erste Andeutung tauchte im Handelsteil der „Times" vom 18. März auf. Der Aufsatz gibt zu, daß am Tag vorher die Stützung des Frankenkurses in London unterbrochen worden sei, worauf der Kurs sich natürlich gesenkt habe. Als Grund werde in den Kreisen der Devisenhändler der Verlauf gewisser handelspolitischer Verhandlungen zwischen England und Frankreich angegeben. In Wirklichkeit aber sei die Lage in mancher Hinsicht dunkel und werde in London „nicht so gut verstanden, wie es der Fall sein sollte". Einige Trostgründe werden hinzugefügt; die Franzosen werden auf die großen Summen hingewiesen, die die Vereinigten Staaten in Frankreich ausgegeben haben und weiter ausgeben, und auf die Anerkennung der französischen Entschädigungsforderungen gegen Deutschland. Auch wird hinzugefügt, daß es unmöglich schädlich sein könne, dem Kurs des Franken zu „erlauben, ohne künstliche Stützung seinen eigenen Stand zu erreichen". Dann aber heißt es: „Auf alle Fälle aber müssen, soweit unser Land im Spiel ist, unsere französischen Freunde bedenken, daß auch wir uns in anderen Richtungen um unsere eigenen Valuta-Schwierigkeiten kümmern müssen."

Am selben Tag setzt die Abwärtsbewegung des Pfundkurses in New York ein. Die „Times" leugnet in ihrer Ausgabe vom 19. März zunächst, daß die amerikanische Stabilisierungspolitik aufgegeben oder auch nur unterbrochen worden sei. „Wir wollen sofort sagen, daß wir von der verantwortlichsten Stelle autorisiert sind, zu erklären, daß keine Änderung der Art gegenwärtig vorgenommen worden ist. Das Abkommen der Regierung zur Aufrechterhaltung des Sterlingpreises in New York war noch gestern dort in Kraft." Die Kurssenkung wird dann daraus erklärt, daß an diesem Tage in London ungewöhnlich viele Dollar-Kaufaufträge aus Skandinavien und anderen europäischen Ländern vorgelegen haben, während kein Kabeltelegramm aus Amerika angekommen wäre. Die Händler seien zwei Tage lang ohne Fühlung mit New York geblieben und hätten daher die starke Nachfrage nach Dollars nur zu steigenden Preisen befriedigen wollen. „Man darf dennoch glauben", fügt die Zeitung hinzu, „daß die Psychologie des Marktes in dieser Richtung durch die Vermutung bestärkt wurde, die Emanzipation des Frankenkurses werde die des Pfundkurses im Gefolge haben — um so mehr, als kürzlich darüber diskutiert wurde, ob es nicht für die Regierung ebenso gut wäre, der künstlichen Stützung ein Ende zu bereiten, die dem Kurs während des Krieges gewährt worden war."

Weitere Mitteilungen liegen zur Zeit der Niederschrift dieses Aufsatzes nicht vor. Auch wenn aber die Erschütterung des Pfundkurses eine kurze Episode bleiben sollte, wird sie den europäischen Entente-Staaten gezeigt haben, auf wie unsicherem Grund das Gebäude ihrer Valutapolitik errichtet ist. Wenn die Vereinigten Staaten nicht fortfahren, die an die europäischen Kriegführenden geliehenen 8–9 Milliarden Dollar zu prolongieren oder in langfristige Anleihen umzuwandeln, wird nicht nur Frank und Lire, sondern auch das Pfund Sterling ein ganz neues Preisniveau suchen müssen. Vielleicht wird es sogar nötig sein, der Entente neue Kredite zu gewähren, die jenen Betrag noch vergrößern müssen — vorausgesetzt, daß man sich nicht in London, in Paris und in Rom wirklich entschließt, die Kurse zunächst einmal sich selbst zu überlassen und abzuwarten, ob sich nicht aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage ein neues Gleichgewicht herausbildet, wenn auch um den Preis, die alte Währung aufgeben und zu einer mit verändertem Münzfuß übergehen zu müssen.

In diesem aber wie in jenem Fall wird jede Regierung versuchen müssen, regulierend und mäßigend auf die Kursbewegung einwirken zu können. Nicht hohe, nicht niedrige Kurse sind allen Staaten erwünscht, sondern stabile Kurse. In jedem Fall müssen ferner alle Staaten wünschen, ihre Valutapolitik so zu gestalten, daß sie aus der Abhängigkeit von einer einzigen Gläubigermacht befreit werden. Diese beiden Aufgaben aber können nur durch eine internationale Währungsinstitution gelöst werden: die intervalutarische Politik muß unter die Ziele des Völkerbundes aufgenommen werden, ebenso wie die Sorge für die gerechte Verteilung der Kolonien, der Rohstoffe und der Absatzmärkte. Jeder einzelne Staat wird dabei einen Teil seiner valutarischen Hoheitsrechte aufopfern müssen; ohne dieses Opfer aber wird die Anarchie der Valuten nur unter furchtbaren Zuckungen und Erschütterungen einer neuen Ordnung weichen.

Kurt Singer

Zur Entwicklung der Löhne

Betrachtet man die Entwickelung der Löhne während der Revolution, so darf vor allem nicht vergessen werden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit, also namentlich die Einführung des Achtstundentages, wie eine Lohnerhöhung gewirkt hat, ganz abgesehen von der außerdem erfolgten zahlenmäßigen Heraufsetzung der Löhne. Es entfällt dadurch ein entsprechend höherer Lohn auf die Stunde. Die vier Bergarbeiterverbände haben nun einmütig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, am 1. April 1919 die 7½stündige Schicht für die unterirdische Belegschaft einzuführen. Im Friedensvertrage soll, so verlangen sie weiter, die Schichtzeit im Bergbau wie folgt festgesetzt werden: ab 1. Januar 1920 auf 7 Stunden, ab 1. Januar 1921 auf 6 Stunden, und zwar ist die Schichtzeit einschließlich Ein- und Ausfahrt von Mann zu Mann zu verstehen. Dringen die Bergarbeiterverbände mit dieser Forderung durch, was man füglich bezweifeln darf, so würde dies faktisch eine weitere Lohnerhöhung bedeuten.

Über die Steigerung der Löhne im Bergbau und ihre Wirkung geben die Geschäftsberichte einiger großer Bergwerksunternehmen näheren Aufschluß. Die Arenbergsche A. G. für Bergbau in Essen stellt fest, daß der arbeitstägliche Durchschnittsnettolohn betrug:

	Ende 1918	Ende 1917	Juli 1914
bei den Gesteinshauern...	16,23 ℳ	11,90 ℳ	6,73 ℳ
„ „ Kohlenhauern	14,67 „	12,21 „	6,63 „
„ der Gesamtbelegschaft	11,23 „	9,02 „	5,29 „

Die Steigerung der Löhne machte somit bei der Gesamtbelegschaft 37,80 v. H. bzw. 134,97 v. H. aus. Die Arbeitsleistung je Mann und Schicht belief sich im Jahresdurchschnitt 1918 auf 1,026 t (im Vorj. 1,030 t); sie stellte sich bis einschließlich Oktober auf 1,052 t, sank dann im November auf 0,924 t, um im Dezember gar auf 0,780 t zu fallen.

Die Bergwerks-A.-G. Consolidation in Gelsenkirchen berechnet die verausgabten Löhne auf 6,29 ℳ per t Kohlenförderung im Juli 1914, 11,68 ℳ im Dezember 1917 und 17,56 ℳ im Dezember 1918. Die Steigerung beträgt je t 5,68 ℳ gleich 47,81 v. H. gegen Dezember 1917 und 11,27 ℳ gleich 179,17 v. H. gegen Juli 1914.

Besonders lehrreich sind die vom Mühlheimer Bergwerks-Verein gemachten Angaben:

	Jan. 1914	Juli 1914	Juli 1918	Nov. 1918	Dez 1918	Jan. 1919
Förderung je Tag	5009	4972	3510	2728	2988	2473
Lohnkosten je t Förderung	5,81	5,68	11,46	14,69	16,77	22,21
Leistung je Mann und Schicht	0,93	0,95	0,80	0,74	0,74	0,66
Holz- u. Materialkost. je t Fördrg.	1,46	1,52	4,62	4,74	6,36	5,86
Gesamtkosten je t Förderung						
Brutto.....	8,96	8,73	18,90	23,08	26,98	35,22
Netto.....	9,78	9,38	21,25	27,28	31,34	41,40
Durchschnittserlös je t	12,54	11,06	22,08	24,47	24,43	35,44
Förderung verkaufter Kohlen						
Überschuß je t.....	2,76	1,68	0,83	—	—	—
Zuschuß je t.....	—	—	—	2,81	6,91	5,96

Aus der Tabelle ist ohne weiteres ersichtlich, daß die Lohnkosten seit November 1918 in raschem Ansteigen begriffen sind, während Förderung und Leistung je Mann und Schicht zurückgehen und die Materialkosten wie überhaupt die Unkosten stark anschwellen. Von November 1918 an tritt an Stelle eines Überschusses pro t Förderung ein Zuschuß, der Januar 1919 auf 5,96 ℳ angelangt ist gegen 2,81 ℳ im November 1918.

Im rheinischen Braunkohlen-Bergbau ist am 15. Februar zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Abkommen getroffen worden, wonach der bisherige Grundlohn, der für 10, 11 oder 12 Stunden bezahlt worden ist, ohne Abzug für die Achtstundenschicht in Ansatz kommt. Eine Teuerungszulage von 1,50 ℳ pro Tag für Erwachsene bzw. 0,75 ℳ für Jugendliche und Frauen tritt hinzu. Für Überstunden und Überschichten wird ein Zuschlag von 25 v. H. bezahlt. Sonn- und Feiertagsschichten werden mit 100 v. H. Aufschlag vergütet, falls der betreffende Betrieb in Tätigkeit ist. Für das Durchstehen an Maschinen und Apparaten an Sonn- und Feiertagen, das lediglich zur Bewachung derselben dient, wird ein Lohnzuschlag von 50 v. H. in Anrechnung gebracht.

Die Krupp'sche Gußstahlfabrik hat folgende Mitteilungen über die Entwickelung der von ihr gezahlten Löhne im Kriege gemacht: Juli 1914 Durchschnittslohn aller Arbeiter mit Einschluß der Jugendlichen 6,38 ℳ täglich, im Jahre 1916 9 ℳ, im Oktober 1918 13 ℳ. Für Lehrlinge unter 16 Jahren stieg der Tageslohn allmählich bis auf 3 ℳ durchschnittlich, für Arbeiterinnen bis auf 7 ℳ, für Arbeiter von 16—21 Jahren auf 10 ℳ, Hilfsarbeiter auf 12 ℳ, für Facharbeiter (gelernte Schmiede, Schlosser, Dreher) aber bis auf 17 ℳ, wobei manche Facharbeiter auch 20 ℳ und 25 ℳ erhielten.

Über die Lohnentwickelung im Brücken- und Eisenbau entnehmen wir den Angaben des betreffenden Fachausschusses nachstehende Zahlen: im Jahre 1915 betrug der Verdienst bei 9—12stündiger Arbeitszeit für Facharbeiter in der Werkstatt 0,60 ℳ bis 1 ℳ, für Facharbeiter auf Baustellen 0,80 bis 1 ℳ, für Richtmeister auf Baustellen 1,40 bis 1,60 ℳ. Zurzeit sind die Löhne bei achtstündiger Arbeitszeit gestiegen für Facharbeiter in der Werkstatt auf 1,50 bis 2 ℳ, für Facharbeiter auf Baustellen auf 1,50 bis 2,50 ℳ, für Richtmeister auf Baustellen auf 2,50 bis 3,40 ℳ. Die Angaben sind Durchschnittswerte. Vielfach werden auch noch höhere Löhne bezahlt, besonders in größeren Städten (Berlin und Industriezentren).

Bei der Berliner Hochbahnges. betrug die durchschnittliche Lohnhöhe vor dem Kriege 0,52 ℳ, 1918 1,14 ℳ, Ende 1918 (ohne Achtstundentag) 1,38 ℳ, Anfang 1919 mit Einrechnung des Achtstundentages 1,78 ℳ, ab 15. 1. 1919 2,14 ℳ.

Über die Summen, um die es sich im ganzen bei der Heraufsetzung der Löhne für die verschiedenen Werke handelt, läßt sich ein Dortmunder Montanunternehmen, das nicht genannt wird, in der „Frankf. Ztg." Nr. 196 v. 14. 3. 19 näher aus. Danach bedeutet schon eine Erhöhung von durchschnittlich nur 1 ℳ je Schicht für ein mittleres Unternehmen, das monatlich etwa 180 000 Schichten verfährt, einen Lohnbetrag von 180 000 ℳ im Monat und von über 2 Mill ℳ im Jahre. Die Verkürzung der Arbeitszeit veranlaßt in der Großeisenindustrie eine Erhöhung der Belegschaftsstärke und damit auch der Gesamtlohnsumme um etwa die Hälfte. Die Lohnausgaben eines Eisen- und Stahlwerkes von mittlerer Größe steigen dadurch um etwa 1 Mill. ℳ monatlich. Hinzu kommen die Löhne, die von den Werken wiederholt für Streiktage gezahlt werden mußten. Die Streikbewegung im Ruhrrevier hat (nach „Die wirtschaftliche Demobilmachung" Nr. 62 v. 15. 3. 19) einen Lohnausfall von insgesamt 23 Mill. ℳ ergeben. Dabei bedeutet diese Summe nur einen Teil des durch die Arbeitsniederlegung verursachten Schadens.

Ein besonderer Übelstand besteht darin, daß gelernte Facharbeiter trotz offener Stellen in ihrem Beruf häufig wegen der hohen Löhne ungelernte Arbeit verrichten. („Deutsche Bergw.-Ztg." Nr. 66 v. 19. 3.) Ferner ist die Höhe der Erwerbslosenunterstützung von Einfluß auf die Löhne und treibt diese nach oben, während sie andererseits viele davon abhält, Arbeit anzunehmen. Sie beläuft sich an manchen Or-

ten (Stuttgart) bis auf 9 *M* für Verheiratete. („Die wirtschaftliche Demobilmachung" Nr. 42 v. 20. 2. 1919.)

Die Verpflichtung der Arbeitslosen, eine ihnen nachgewiesene Arbeit anzunehmen, ist durch Verordnung vom 15. Januar 1919 schärfer gefaßt worden. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind danach gehalten, die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine ihm nachgewiesene, ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zuzumutende Arbeit zu übernehmen. Es ist zu wünschen, daß diese Verordnung kräftig durchgeführt wird.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England

Zur Arbeiterkrise — Gefahren in Irland und im Osten — Neue Märkte — Außenhandel und Nahrungsmittel — Geldmarkt und Börse

Der Waffenstillstand, der zwischen der Regierung und dem Dreiverband der Kohlen-, Eisenbahn- und Transportarbeiter bis zum 20. März, dem Tage, an dem der Bericht der Kohlenkommission dem Parlament vorgelegt werden sollte, geschlossen worden ist, hat bewirkt, daß man in England von Streiks nichts mehr zu hören bekommen hat. Abgesehen vielleicht von Unzufriedenheiten in der Londoner Polizei, die die Anerkennung ihrer Gewerkschaft durch die Regierung verlangen, und einzelner Drohungen des Vorsitzenden der Eisenbahnergewerkschaft Thomas erinnern nur die ellenlangen Zeitungsspalten über die Kohlenbergbau-Konferenz an die schweren Kämpfe. Aber es wäre irrig anzunehmen, daß sie auf lange ruhen. Der verlängerte Waffenstillstand läuft am 26. März ab und die Forderungen der Kohlenarbeiter will die Kommission nur teilweise anerkennen: nämlich nur 2 statt der gewünschten 3 s Lohnerhöhung und nur den Sieben- statt den Sechsstundentag, der erst für 1921 nach Besserung der Produktionsverhältnisse in Aussicht gestellt wird; was schließlich die von den Arbeitern geforderte Verstaatlichung der Werke betrifft, so glaubt die Kommission darüber kein Urteil abgeben zu können, da die Untersuchungen und Zeugenvernehmungen hierüber noch nicht genügend Material erbracht hätten. Die Kohlenarbeiter aber beharren auf ihrer Forderung, und auch die offiziellen Gewerkschaftsbeamten, die früher überspannten Ansprüchen immer entgegengetreten sind, befürworten sie, da sie sonst ihren Einfluß zu verlieren und von der Woge des Radikalismus hinweggespült zu werden fürchten. Ebenso hat die Kommission sich ablehnend gegenüber den Forderungen der Eisenbahner ausgesprochen und nur die der Transportarbeiter gebilligt. So wird man die weitere Entwicklung mit der höchsten Spannung verfolgen müssen.

Inzwischen ist der Zustand am Arbeitsmarkt nur geeignet, die schon an sich gefährliche Lage noch mehr zu verschlimmern. Noch immer werden täglich aus dem Militär rund 25 000 Mann entlassen und vermehren großenteils das Heer der Arbeitslosen Bis Ende Februar waren beinahe 1¾ Millionen, bis 15. März rund 2 Millionen aus dem Felde zurückgekehrt. Die Zahl derer, die die Regierungsunterstützung für arbeitslose Soldaten und Industriearbeiter bezogen, hat sich im Laufe des Februar mehr als verdoppelt. Fast 950 000 Personen fielen aus diesem Grunde dem Staate zur Last (davon 166 000 entlassene Soldaten) und verursachten einen Kostenaufwand von schätzungsweise 1¼ Millionen £ wöchentlich. Eine Abnahme der Zahl ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Das ergibt sich aus der geringen Zahl derer, die wieder Arbeit gefunden haben (seit Inkrafttreten des Gesetzes über die staatliche Arbeitslosenunterstützung nur 660 000 Soldaten, 188 000 Arbeiter und 217 000 Arbeiterinnen), sowie daraus, daß die Regierung eine Verlängerung der Unterstützung (wenn auch zu dem herabgesetzten Satz von 1 £ je Woche für männliche Arbeiter, für Frauen und Jugendliche entsprechend weniger) beschlossen hat.

*

Vor kurzem mußte über Irland der Belagerungszustand verhängt werden und damit scheint eine neue Phase im Kampf des geknechteten Volkes um seine Freiheit einzusetzen.

Stand vor dem Krieg im Mittelpunkt des Streits die Frage, ob Homerule für das ganze Land oder nur für Süd-Irland gewährt werden solle, — eine Frage, die schon im Sommer 1914 beinahe den Bürgerkrieg entflammt hätte, — so hat sich im Laufe des Krieges die Stimmung so sehr zu ungunsten Englands geändert, daß der Sieg der Sinnfeiner in der Wahlkampagne unter der Parole „Anerkennung der selbständigen Republik durch England und die Friedenskonferenz" erfochten werden konnte. Trotz des geradezu überwältigenden Erfolges der Sinnfeiner geschah die Anerkennung der Republik durch England natürlich nicht. Doch tat Lord French, der seit Sommer 1918 Statthalter von Irland ist, nichts gegen den Zusammentritt der Sinnfeiner zu einem Parlament in Dublin, das dann am 22. Januar die unabhängige Republik verkündete. Ein Ministerium, dem außer dem Premier ein Finanzminister, ein Minister des Innern, einer des Äußeren und ein Kriegsminister angehörten, wurde gewählt. Auf der Versammlung waren indessen nicht ganz die Hälfte aller Sinnfein-Vertreter des Unterhauses anwesend, und weiteres über die Vorgänge und Maßnahmen des neuen Ministeriums haben wir nicht gehört. Vermutlich ist die Zensur am Werke, wie wohl aus der Verhängung des Belagerungszustandes erkenntlich. Auch andere Symptome rechtfertigen diesen Schluß. Unter halbwegs normalen Zuständen wäre es nicht möglich, daß ein politischer Gefangener aus dem Londoner Gefängnis entkommt, trotz schärfster Kontrolle von seiten der Küstenwachen in Irland landet, begleitet vom Bürgermeister von Dublin und einer Musikkapelle, programmäßig in einem Konzert auftritt, eine politische Rede hält und dann spurlos verschwindet, ohne daß die aufgebotene Polizei ihn zu fassen vermag. Auch der geradezu pompöse Empfang, den die berüchtigte Sinnfein-Führerin Madame Markiewicz bei ihrer Rückkehr aus dem Londoner Gefängnis in Dublin gehabt hat, spricht für unsere Auffassung, und wie ein Schlaglicht wird die Lage durch eine am 27. März im englischen Parlament vorgebrachte Anfrage des Majors Newman erhellt, ob der Chief Secretary „seine Aufmerksamkeit auf das ständige Putschen (raiding) und Rauben von Waffen (seizing of arms) durch Abteilungen von bewaffneten und maskierten Männern in allen Teilen Irlands gerichtet habe, ob er wisse, daß am 14. d. M. drei Mann um 4 Uhr nachmittags an Bord des Schoners Gostone kamen, der in Cork lag, eine Vollmacht der Irischen Republikanischen Armee vorzeigten, die zur Entfernung aller an Bord befindlichen Waffen ermächtigte und den Kapitän in seiner Kabine einsperrten. Welche Maßregeln würden gegen diese Zustände getroffen?" Mr. Samuels, der für die Regierung antwortete, bestätigte die Richtigkeit dieser Angaben und fügte hinzu, man gäbe sich alle Mühe, die Ordnung wiederherzustellen, doch sei es unmöglich, die Einzelheiten der getroffenen Maßregeln bekannt zu geben.

Trotzdem sind die Aussichten der Iren nicht eben als

günstig zu bezeichnen. Wilson ist entschieden abgeneigt, die irische Frage in der Friedenskonferenz aufzurollen; ein entsprechendes Schreiben des irischen Bürgerschaftsmitglieds John T. O'Kelly und sogar die Adresse des Dubliner Bürgermeisters, die die Ehrenbürgerschaft von Dublin für den Präsidenten enthielt, sind unbeantwortet geblieben. Doch durch eine solche Brüskierung von seiten Wilsons wird die irische Frage nie und nimmer aus der Welt kommen; sie ist zu tief begründet in der Rasse, Kultur und Wirtschaft des Landes.

Gerade auch in wirtschaflicher Hinsicht fühlen die Iren wieder einmal sehr den Druck der englischen Herrschaft.

Ähnlich wie in England ist auch in Irland ein Beirat ernannt worden, der die Fragen des Neuaufbaus der Friedenswirtschaft begutachten soll. Im Gegensatz zu England, wo er alle Interessen vertritt, hat hier Lord French nur 7 Mitglieder eines streng konservativen Klubs mit der Untersuchung betraut. Es sind ausschließlich Großgrundbesitzer. Dagegen fehlen Vertreter für die in Irland wichtigen Gewerbe des Flachsbaus, der Schaf- und Shweinezucht, der Schiffahrt, Brauerei und Destillation. Über die Tätigkeit des Beirates, der schon viele Sitzungen abgehalten haben soll, ist nichts bekannt geworden. Kürzlich ist er mit einer langen Reihe schönklingender, aber wenig gehaltreicher Versprechungen und einem umfangreichen Bauprogramm an die Öffentlichkeit getreten.

Man schätzt die Zahl der fehlenden Wohnungen in den Städten auf 67 500, deren Herstellungskosten auf 27 Mill. £. Trotz eifrigen Bemühens von seiten der Kommunen ist es während des Krieges nicht möglich gewesen, irgendwelche Neubauten vorzunehmen, ja die englische Regierung verweigerte sogar den Kommunen die Erlaubnis, Anleihen zwecks Gewährung von Baugeldern aufzunehmen. Trotz gleicher Steuer- und Zollasten gesteht jetzt Großbritannien nach dem englischen Bauprogramm dem Stiefkind unter seinen Eroberungen nur die Hälfte an Vorschüssen zu, die es seinen eigenen Arbeitern gewährt. Dagegen wurde der Anbau ländlicher Wohnungen auch im Krieg reichlich gefördert (47 900 sind bis Ende 1918 gebaut worden). In England bestand während des Krieges bloß das eine Interesse an Irland, landwirtschaftliche Rohstoffe zu beziehen.

Aber trotzdem ist die irische Landwirtschaft aus vielen Gründen im Rückstand. Die neuere Statistik hierüber wird leider nicht veröffentlicht (auch hierin zeigt sich die ungleiche Behandlung der Insel von seiten Englands), und man ist daher auf Angaben von Sachverständigen angewiesen. Danach hat es den Anschein, als ob nicht nur die Bewirtschaftung dieses Jahr rückständig ist, sondern auch, daß die Gesamtanbaufläche infolge ungünstiger Witterung, Überschwemmungen und anderer Ursachen nicht wieder den vorjährigen Umfang aufweisen wird. Schon seit Jahrzehnten wurde die Forderung aufgestellt, den Shannon- und Barrow-Fluß zu regulieren, schon seit vielen Jahren haben Kommissionen darüber getagt und Pläne ausgearbeitet, aber alles ist noch beim alten, und wenn die an sich feuchten Winter Irlands etwas mehr Regen oder Schnee aufweisen, so legen die Überschwemmungen dieser beiden Flüsse große Länderstrecken brach. Aber nicht nur Niederschläge, sondern auch langanhaltender Frost und das zu späte Einbringen der Ernten im vorigen Jahre haben den Landwirt in Rückstand gebracht. Pferde- und Leutemangel tun das ihrige. In England werden zwar die Pferde, die aus dem Felde zurückkommen, nach einer Quarantäne den Bauern zur Verfügung gestellt, und die für die Landwirtschaft nötigen Leute (pivotal men) schleunigst entlassen, in Irland dagegen ist die Einfuhr der Pferde angeblich wegen Gefahr der Seucheneinschleppung verboten. Auch die Mannschaften kehren nicht zurück; befürchtet man wohl die Einschleppung von Bolschewismus?

Die Entwicklung im Bank- und Kreditwesen hat im allgemeinen die gleiche Richtung eingeschlagen wie in England. Auch die südlichen ländlichen Banken haben, wie die nördlichen Institute durch den Krieg verdient; diese aus der Kriegsindustrie, jene aus dem hohen Kriegspreis der landwirtschaftlichen Produkte. Dagegen ist die Rentabilität der Banken geringer als in England; und ein Absorbieren irischer Firmen durch englische Häuser war einer der am meisten beachteten Vorgänge des letzten Jahres, so daß die Iren dem „Statist" zufolge befürchten, daß die irischen Depositengelder nunmehr der englischen Industrie zugute kommen werden. Auf der anderen Seite sind die irischen Banken noch nicht in der gleichen Weise wie die englischen auf die Übergangswirtschaft vorbereitet; die Stärkung ihrer Reserven läßt noch zu wünschen übrig; Kapitalerhöhungen sind noch nicht erfolgt.

*

Nicht nur im Innern und in Irland, auch im Osten türmen sich Gewitterwolken auf. Die lange schleppenden Verhandlungen über die Reform in Indien stehen noch längst nicht vor dem Abschluß; es ist möglich, daß auch hier die Ereignisse sich überstürzen, und wie in Irland den Politiker vor vollendete Tatsachen stellen. In Madras, Bombay, Kalkutta haben wilde, auf bolschewistische Agitation zurückzuführende Streiks zu Straßenkämpfen geführt und kürzlich ist durch den anscheinend bolschewistischen Mord des Emirs von Afghanistan (der noch eben vorher ein Bündnis der kleinen asiatischen Fürsten gegen den Bolschewismus schuf) im Norden des großen Reichs ein Zustand geschaffen worden, dessen Bedeutung für ganz Indien und damit für die englische Weltherrschaft von weittragendster Bedeutung werden kann. Indien ist die Etappe für Kämpfe im nahen und fernen Osten; die Tata-Werke (Tata Iron and Steel Works Ltd) in Bombay haben den gesamten Kriegsbedarf der Heere in Mesopotamien und Palästina gedeckt und werden auch für künftige Kämpfe im fernen Osten zweifellos von größter Bedeutung sein. („Times Supplement" vom März.) Nun hat der Bolschewismus die Arbeiterschaft ergriffen und droht diesen wirtschaflich wie militärisch gleich wichtigen Betrieb und überhaupt die ganze indische Industrie lahm zu legen.

Noch bedenklicher als die indischen Nachrichten klingen die Meldungen über die Gärung in Ägypten, wo es nach englischem Zugeständnis zu offenen Kämpfen gekommen ist.

*

Aber droht auch dem Engländer auf der einen Seite das Szepter der Weltherrschaft zu entgleiten, so ist er nichtsdestoweniger eifrig bemüht, auf der anderen Seite sich neue Gebiete zu erschließen. Die Bestrebungen zur „Durchdringung" der Länder am Schwarzen Meer werden fortgesetzt. Der Handelsverkehr mit diesen und den ehemalig türkischen Gebieten wird unter ähnlichen Bedingungen wie mit den Verbündeten erlaubt; das gleiche gilt für Bulgarien. Mit den Rumänen, Polen und Tschechoslovaken, die die „Daily Chronicle" als die drei Pfeiler der Entente in Zentraleuropa bezeichnet, werden Handelsbeziehungen angeknüpft, Gesandtschaften von dort empfangen, Kommissionen nach dort gesandt. Eine Reihe von Dampfschiffahrtsgesellschaften treffen Vorbereitungen, ihre Schiffahrt in die neu zu gewinnenden Länder zu richten. Aber auch hier droht der Bolschewismus von Ungarn ausgehend die Pläne des Imperialismus zu durchkreuzen und mit einem Schlage zu vernichten, was endlose Beratungen ins Leben zu rufen sich bemühen.

In diesem Zusammenhang wollen wir erwähnen, daß zur allgemeinen Förderung des überseeischen Handels in London ein neues Institut ins Leben tritt: The British Oversea Bank, die mit einem Aktienkapital von 2 000 000 £ von führenden Auslandsbanken und Bankiers (Merchants) gegründet wird, und daß die letzten Beschränkungen der Einfuhr von Rohstoffen in England aufgehoben worden sind.

*

Im Monat Februar zeigt der Außenhandel gegenüber dem vorigen Monat eine scheinbare Besserung. Die Einfuhr mit 107,07 Mill. £ ist erheblich niedriger als im Januar (134,52 Mill, £). Die Ausfuhr bleibt zwar mit 46,91 Mill. um rund 400 000 £ gegen den Vormonat zurück, ist aber auf den Arbeitstag gerechnet nicht unerheblich gestiegen. Der Passivsaldo der Zahlungsbilanz ist durch diese Verschiebung erheblich kleiner als im Januar (55 Mill. gegen 82½ Mill.). Die Durchfuhr mit 5,11 Mill. £ zeigt wiederum eine erhebliche Steigerung. Sie hat sich gegen das Vorjahr mehr als verdoppelt.

Im einzelnen finden wir, daß der Rückgang in den Einfuhrwerten hauptsächlich auf eine Einschränkung einzelner Nahrungsmittel-Importe zurückzuführen ist; die Zunahme der Ausfuhr auf eine Vermehrung des Exports in Fertigfabrikaten. Einige Beispiele mögen dies zeigen:

	Einfuhr		Januar 1919	Februar 1919
Abnahme:	Weizen	1000 cwt	8140	2140
	Hafer.....	„	859	251
	Speck	„	1201	693
	Ochsenfleisch .	„	734	616
	Butter.....	„	187	110
Zunahme:	Rohbaumwolle	1000 Centals	1630	1777
	Ausfuhr (in 1000 £)			
Zunahme:	Wollgewebe		2989	3800

Die Bewegung der Nahrungsmittel dürfte ihren Schlüssel in den englischen Beständen finden. Diese wurden in einer Veröffentlichung des Nahrungsmittelministeriums (Ministry of food) teilweise bekanntgegeben. Danach reichten die englischen Vorräte an Fleisch für knapp 4 Wochen; Speck und Schinken 6½ Wochen; Butter und Margarine 2 Monate (allerdings bei Beibehaltung der gegenwärtigen niedrigen Rationen); Zucker 11 Wochen. Für Weizen und Hafer werden die Bestände nicht mitgeteilt, nur gesagt, daß an eine Herabsetzung des Preises noch nicht zu denken sei.

Der Geldmarkt zeigte von Anfang des Monats an eine gewisse Versteifung, die im allgemeinen die Folge von Steuerzahlungen war; erst gegen Ende des Monats wurde er flüssiger, da große Ausschüttungen auf ablaufende kurzfristige Staatsobligationen erfolgten. Im allgemeinen blieben aber die offiziellen Sätze für Geld unverändert, nur der Privatdiskont für 3 Monats-Sichten zog um ⅛ an (auf 3⅝). Die Bewegung der Devisen war im allgemeinen gegen London gerichtet und einzelne neutrale Valuten standen bei Abschluß des Monats noch mehrere Prozent gegen England und waren für London ungünstiger als vor Monatsfrist. Es ist nicht anzunehmen, daß die belgische Anleihe für diese Bewegung verantwortlich zu machen ist, da die von der belgischen Regierung aufgenommenen Kredite zu Zahlungen in England und den Dominions verwandt werden sollen, also nicht außer Landes gehen. Eher möchte man versucht sein, die Vermehrung der papiernen Umlaufsmittel dafür verantwortlich zu machen. Die Notstandsnoten haben sich wieder vermehrt, sie stehen mit 314,80 um 7,33 Mill. £ höher im Verkehr als am Schluß des Vormonats, dagegen zeigt der Bankausweis keine wesentliche Veränderung. Der Banknotenumlauf ging um wenige 100 000 £ zurück (auf 29,74 Mill.). Der Goldbestand ist weiter um 0,9 Mill. £ auf 81,62 gestiegen; aber die Reserve ist um 0,1 auf 29,74 Mill. £ zurückgegangen; das Verhältnis von der Reserve zu den Verbindlichkeiten hat sich ebenfalls ungefähr gehalten (20½). Die Depositen haben ihre Besserung nicht fortzusetzen vermocht und stehen mit 25,82 Mill. £ öffentlichen Depositen (— 0,8) und 119,27 privaten Depositen (— 2,5) nur wenig unter Vormonatshöhe. Zu dieser unerfreulichen Unterbrechung der günstigen Entwicklung des Vormonats kommt ein Rückgang in der Zeichnung von Schatzwechseln, deren Unterbringung schon seit langem nicht mehr die Deckung der Ausgaben ermöglichte; das höchst fragliche Mittel der Blanko-Kredite des Staats bei der Bank von England wurde weiter lebhaft in Anspruch genommen. Überhaupt gibt die ständig anwachsende Summe der kurzfristigen Kredite zu den größten Besorgnissen Anlaß. Nach den Ausführungen von Lord Hylton im House of Lords am 13. März betrug die bis zum 31. März 1920 fällige Staatsschuld 1758 Mill. £, zusammengesetzt aus folgenden Positionen (in Mill. £):

		Darlehen in:	
Umlaufende Schatzscheine	900	1. Vereinigte Staaten	55
Exchequer Bonds.....	179	dazu v. d. Morgan-Anleihe	16
Desgl. rückzahlbar nach		2. Japan	19
Belieben des Besitzers.	68	3. Kanada u. a. Besitzungen	48
Ways & Means Advances	449	4. Neutrale Staaten	26

Sehr ernst sind natürlich die Auslandsdarlehen, die trotz ihrer relativ kleinen Beträge einen ständigen Druck auf die Valuta ausüben müssen, und die Ways and Means Advances, die völlig ungedeckte, eigentlich unzulässige zur Deckung von Kassendefiziten eingeführte Vorschüsse darstellen.

An der Börse hat die Neuregelung des Emissionswesens durch das Schatzamt eine gewaltige Aufregung, ja, beinahe eine Panik hervorgerufen; diese wurde im wesentlichen dadurch verursacht, daß auf Anfrage im Unterhaus weder der Schatzkanzler noch sonst eine mit der Angelegenheit vertraute Persönlichkeit Antwort zu geben in der Lage war und daß der erste, inzwischen entsprechend veränderte Gesetzentwurf mit rückwirkender Kraft ausgestattet war zu ungunsten derjenigen Werte, die ohne ausdrückliche Genehmigung des Schatzamts emittiert worden waren. Nach der neuen Fassung des Gesetzes handelt es sich im wesentlichen um Form -und Kompetenzvorschriften und um eine Erweiterung des Komitees, das über die Berechtigung neuer Emissionen zu entscheiden hat. Daß an eine Aufhebung der Kapitalkontrolle noch nicht zu denken war, ergibt sich ohne weiteres aus dem oben über die Staatsfinanzen Gesagten und so scheint es auch von der Börse aufgefaßt zu werden.

Die Tendenz der Effektenmärkte war im allgemeinen eine freundliche, wenn auch keine einheitliche, aber das Geschäft war rege. Die Preise waren am Monatsende meist höher als am Anfang. Gewisse Rückschläge zeigten sich nur in wenigen Papieren; die englischen Bahnen können sich noch immer nicht erholen, russische Werte lagen schwächer. Dagegen zogen Werte fast aller neutralen Staaten an; auch Mexikaner waren, namentlich infolge der Fundierungsverhandlungen, fester. Englische Industriewerte zeigten kein sonderliches Interesse.

Das Gesamtbild ist einheitlich. Innere und äußere Wirtschaftspolitik, Außenhandel, Devisenkurse, Bankausweise und Börse zeigen, daß die Umgestaltung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft einen schleppenden Verlauf annimmt, jedenfalls nicht so rasch von statten geht, wie die Entwicklung des Januars es möglich erscheinen ließ.

Dr. Th. Plaut

Schweden

Wiederbelebung des Außenhandels — Luftverkehrslinien — Neue Schiffahrtslinien — Industrie und Arbeiterbewegung — Geldmarkt und Börse — Staatsfinanzen

Immer dringender wird eine schleunige Abwicklung der staatlichen Organisation des Wirtschaftslebens verlangt; die Auflösung der staatlichen Brennmaterialkommission sowie verschiedener Abteilungen der Industriekommission ist auch bereits im Gange.

Die Lage der breiten Massen der Konsumenten hat durch Aufhebung der Rationierung verschiedener Waren (Textilwaren, Schweinefleisch, Butter) sowie reichlichere Verteilung gewisser Nahrungs- und Genußmittel fühlbare Erleichterung erfahren. Wesentlich erleichtert wird die Lage auch dadurch, daß die in dem Handelsübereinkommen mit Amerika Schweden zugebilligten Importmengen nachträglich beträchtlich erhöht worden sind, u. a.: Kaffee von 25 000 auf 35 000 t, Speiseöle und Fette von 7000 auf 10 000 t, Schmieröle von 15 000 auf 19 000 t, Petroleum von 90 000 auf 115 000 t, Baumwolle und Baumwollwaren von 18 000 auf 31 000 t, Jute und Jutewaren von 5000 auf 7000 t, Häute von 4700 auf 5500 t, Leder von 2100 auf 2500 t, Lederwaren (sic!) von 100 auf 2000 t, Tabak von 4500 auf 5500 t, Salpeter von 35 000 auf 70 000 t, Rohphosphat 100 000 t, Schwefel von 10 000 t auf 30 000 t. Dazu kommen gewisse Mengen Dörrobst, Marmeladen, Nüsse, Gewürze, Seife, Parafin, Wachs, Stärke und Sago, Klee- und Grassaaten, Seide, Wolle, Hanf usw.

Wenn so im Augenblick die amerikanische Hilfe sehr begrüßt wird, so ist man sich doch auf der anderen Seite darüber klar, daß für die Zukunft das amerikanische Vordringen große Gefahren für die schwedische Industrie in sich birgt. Ebenso wie in Norwegen und Dänemark fürchtet man in Schweden von der Entente, besonders Amerika, mit Fertigfabrikaten überschwemmt zu werden, dagegen die für die eigene Industrie notwendigen Rohstoffe nicht erhalten zu können. Es sei in diesem Zusammenhange auf das starke amerikanische Interesse für den Ostseehandel hingewiesen, das sich der skandinavischen Häfen, besonders Kopenhagen, Malmö und Stockholm, für den Transitverkehr und als Stapelplätze zu bedienen wünscht. Hierdurch kommt der Wettbewerb zwischen Kopenhagen einerseits und Malmö, Stockholm mit den dort zu eröffnenden Freihafenanlagen andererseits in ein neues Stadium; zunächst wird jedenfalls der Transithandel nach Schweden von Kopenhagen zurückgezogen werden. Vornehmlich handelt es aber sich auch hier um Bestrebungen zur Ausschaltung Hamburgs.

Um für den bevorstehenden wirtschaftlichen Wettstreit besser gerüstet zu sein, werden gleichwie in anderen Ländern Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels getroffen. Das Ministerium des Äußern nimmt eine durchgreifende Umgestaltung vor, wobei besonders auch die Handelsinteressen größere Berücksichtigung finden. Außerdem ist die Umgestaltung des Kommerzkollegiums in ein Handelsministerium von der Regierung beschlossen worden. Analog norwegischen Maßnahmen beantragt die Regierung ferner, besondere Kommissionen und Emissäre zwecks Wahrung der schwedischen Interessen nach den handelspolitisch wichtigsten Zentren auszusenden. — Im übrigen ist man eifrig dabei, den schwedischen Exporterzeugnissen neue Absatzgebiete zu suchen, und hat in letzter Zeit, nachdem Rußland und der ferne Osten etwas in den Hintergrund geraten sind, besonders auf Italien und Australien hingewiesen. Auch die während der Kriegsjahre stattgefundene handelspolitische Annäherung der neutralen Staaten zeigte in letzter Zeit Fortschritte: in Basel wurde eine schwedische Handelskammer für die Schweiz neu eröffnet. Aus holländischen Kreisen kommen immer wieder Anregungen zwecks Anknüpfung intimerer Beziehungen mit den skandinavischen Ländern, vor allem Schweden. Es wird dabei auch auf die Vorteile direkter Verbindung mit den holländischen Kolonien mit ihren wertvollen Bezugsquellen hingewiesen.

Nach den vorläufigen Ziffern der Außenhandels-Statistik für 1918 ist im Vergleich zum Vorjahre die Einfuhr von Lebensmitteln erheblich gestiegen, dagegen ist die Ausfuhr im allgemeinen zurückgegangen, wenn auch die Holzindustrie, die das größte Kontingent des schwedischen Exports stellt, fast durchweg höhere Ziffern aufweisen kann. Die Erzausfuhr ist von 5,6 auf 4,5 Mill. tons gesunken; auch Eisen und Stahl, besonders Werkzeugstahl, ebenso Metallwaren und Maschinen, abgesehen von landwirtschaftlichen Maschinen, Separatoren und Kugellagern, sind in erheblich geringeren Mengen ausgeführt worden.

*

Die Frage der Einrichtung regelmäßiger Luftverkehrslinien findet hier lebhaftes Interesse und hat unter Beteiligung von Finanz-, Industrie- und Schiffahrtskreisen zur Gründung der Svenska Lufttrafik Aktiebolaget mit vorläufig 1 Mill. Kr Kapital geführt. Man beabsichtigt zunächst, im Zusammenhange mit der Strecke England-Gothenburg-Stockholm einen regelmäßigen Verkehr nach Finnland zu eröffnen.

Eine neue Skandinavien-Amerika-Linie mit Hauptvertretung in Gothenburg, unter überwiegender Beteiligung amerikanischen Kapitals, ist neuerdings ins Leben gerufen worden. Es wird beabsichtigt, vierzehntägig Dampfer von New York nach Skandinavien, Finnland, Rußland und Süd-Europa laufen zu lassen. Seitens vier der größten schwedischen Reedereien in Gothenburg ist auch eine neue Orient-Linie eingerichtet worden, die zunächst über 8 Schiffe von zusammen 21 260 t verfügt. Schließlich ist die Einrichtung einer direkten Dampferlinie von den Binnenhäfen des Wenersees über Gothenburg nach Dünkirchen geplant, welcher Plan in Kreisen der Holz- und Eisenexporteure lebhaftem Interesse begegnet und auch bei der kürzlich in Stockholm gegründeten französichen Handelskammer großen Anklang gefunden hat.

*

Im Vordergrund des Interesses steht immer noch die Frage der Holzausfuhr nach England. Obwohl die schwedischen Delegierten bei ihrer Rückkehr aus England Anfang Februar als Verhandlungsresultat vom englischen Holzimport-Kontrolleur das Zugeständnis erreicht hatten, keine Reduktionen oder Preisregelungen vorzunehmen und freien Handel zu gestatten, so sind doch bisher nennenswerte Abschlüsse nicht getätigt worden. Die schwedischen Verkäufer zeigen sich zurückhaltend, da sie zu den gebotenen Preisen, den geltenden äußersten Minimalsätzen, nicht abschließen wollen. Als die zurzeit günstigsten Märkte für den schwedischen Holzhandel werden Frankreich, England, Belgien und die Mittelmeerländer genannt; dagegen dürfte Deutschland nur geringe Absatzmöglichkeiten bieten.

Die Grängesberg-Gesellschaft weist für 1918 einen Reingewinn von 19,2 Mill. Kr gegen im Vorjahre 16,39

Mill. (1913 25,54 Mill.) Kr nach. Die Dividende wird, wie in den beiden Vorjahren, mit 15 % vorgeschlagen. Die Aktiengesellschaft Kirunavaara-Luossaavaara (Tochterunternehmen der Grängesberg-Gesellschaft zur Ausbeutung der lappländischen Erzfelder) beantragt bei der Regierung die Genehmigung zur Errichtung der notwendigen Förderungsanlagen zwecks Abbaues auch des Erzberges Luossavaara.

In verschiedenen Industriezweigen kommen Betriebseinschränkungen und Stillegungen vor, infolge Unsicherheit der allgemeinen Lage, zu starker Unkostensteigerung (hauptsächlich infolge Lohnerhöhungen), Materialmangel usw. Die zu Anfang des Jahres nach langer Unterbrechung wieder aufgenommene Margarine-Herstellung erscheint neuerdings infolge Ausbleibens des Rohmaterials wiederum bedroht.

Arbeiterbewegung. Der Eisenbahnerstreik hatte sich auf die meisten Privatbahnen ausgedehnt; trotzdem kamen wesentliche Verkehrsstörungen nicht vor; die Staatsbahnen sind von der Bewegung nicht berührt worden. Dieser wie auch der Streik der Telegraphen- und Telephonarbeiter konnte einstweilen beigelegt werden. Gegen die Einführung des Achtstundentages hat sich sowohl der schwedische Industrie-Verband wie auch das Kommerzkollegium ausgesprochen.

*

Geldmarkt und Börse. Diskont und Zinssätze halten sich unverändert auf ihrem hohen Niveau. Die Ende Februar aufgelegte Stockholmer Stadtanleihe von 7 Mill. Kr mußte mit 6%iger Verzinsung ausgestattet werden bei einem Emissionskurs al pari. In der schon seit dem Vorjahre anhaltenden Baissestimmung der Börse ist keine Verbesserung zu verzeichnen; der Rückgang der auf der sogenannten „A"-Liste notierten Effekten wird für 1918 mit 724 Mill. Kr angegeben, gegenüber einer während 1917 eingetretenen Erhöhung von 367 Mill. Kr. Die Umsätze der Stockholmer Börse im Februar beliefen sich auf nur 69,4 Mill. Kr gegen 97,7 im Vormonat. Die Gründungsstatistik erreichte 1918 mit 1527 Neugründungen und insgesamt 598 Mill. Kr Kapital Rekordziffern (1914: 565 Gründungen mit 81 Mill.). Für die Banken dürfte 1918 noch als ein günstiges Jahr zu bezeichnen sein, obwohl eine gewisse Zurückhaltung in der Bemessung der Dividenden erkennbar ist. Dagegen weisen die Emissionsgesellschaften fast durchweg bedeutend geringere Gewinnziffern auf als in den Vorjahren. Die Bankenkonzentration hat durch die neuerdings vorgeschlagene Fusion zwischen Göteborgs Handelsbank und der erst im Juni 1917 gegründeten Industriebanken (wonach Göteborgs Handelsbank mit 71 Mill. Kr Eigenkapital die vierte Stellung unter den schwedischen Großbanken einnehmen würde) weitere Fortschritte gemacht. Die staatliche Kontrolle des Bankwesens und Geldmarktes, die u. a. zu den Kriegszeit-Institutionen, Finanzkommission und Kapitalkontrollbehörde führte, zeigt Tendenzen zu weiterer Verschärfung. Der Gesetzentwurf, wonach die Verschmelzung von Bankinstituten von der Genehmigung der Regierung abhängig gemacht werden soll, hat einstweilen zu divergierenden Beschlüssen in den beiden Kammern des Reichstages geführt. Ferner ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der für die Emissionsgesellschaften Konzessionszwang, Minimumkapitalgrenze (10 Mill.) und staatliche Kontrolle, letztere auch über den ganzen Börsenhandel, die Börsenmakler usw., einführen soll.

*

Der Entwurf des Staatshaushaltplans für 1920 balanziert mit 697 Mill. Kr, wozu ein Nachtragsetat für 1919 in Höhe von 382 Mill. Kr kommt, zusammen also 1079 Mill. Kr, was gegenüber den vorjährigen Budgetvorlagen eine Verminderung von 143 Mill. darstellt. Die in den Vorjahren sehr erheblichen Ansprüche der staatlichen Wirtschaftskommissionen sind diesmal in Fortfall gekommen. Nach Ansicht des schwedischen Finanzkritikers, Prof. Cassel, übersteigt das Budget die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes: die Besteuerung habe nunmehr eine Höhe erreicht, welche die Unternehmungslust lähme. Der Etat sei zwar ins reine gebracht, die Ersparnisse des Volkes seien jedoch aufgezehrt. Für 1918 schätzt Cassel die Gesamtbelastung allein an direkten Steuern auf rund 580 Mill. Kr. Die indirekten Steuern sind absolut, wie auch in ihrer relativen Bedeutung für das Staatsbudget außerordentlich stark zurückgegangen; allein die Zolleinnahmen sind 1918 im Vergleich zum letzten Friedensjahre um mehr als 50 % gesunken. Besonders macht sich starke Opposition gegen die fortgesetzte Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer geltend. Für das Etatsjahr 1918 rechnet der Finanzminister mit einem Überschuß von 50 Mill. Kr. Außer der Domänenverwaltung haben sämtliche staatlichen Betriebe während des letzten Jahres mit Verlust gearbeitet; das Defizit der Staatsbahnen beziffert sich, hauptsächlich infolge der enormen Kohlenverteuerung, für 1918 auf 60,3 Mill. Kr trotz der starken Erhöhungen der Tarife. Bemerkenswert ist, daß die Staatsbahnverwaltung kürzlich mit amerikanischen Kohlenlieferanten Kontrakte abgeschlossen hat. Die Lotterie-Anleihe des schwedischen Staates führte zu einem Fiasko; wie jetzt festgestellt wurde, konnten von den emittierten 100 Mill. Kr nur 46 Mill. untergebracht werden.

F. M. Hollenbach

Dänemark

Handelsverbindungen mit dem Ausland — Einfuhr von Rohstoffen, Ausfuhr von Industrieprodukten — Ungenügende Kohlenversorgung — Das ausländische Kapital in Dänemark

Kopenhagen, den 21. März 1919.

Nachdem die Verbindungen mit dem Ausland wieder aufgenommen sind, werden alle wirtschaftlichen Fragen für Dänemark natürlicher Weise wieder mit dem internationalen Handel verknüpft; Einfuhr, Absatz und Preisbildung stehen im Mittelpunkt der Erörterungen. Während der Kriegsjahre lebte man von der Hand in den Mund. Das Interesse sammelte sich zur Hauptsache um die Zufuhren der notwendigsten Verbrauchsgüter, während Handel und Industrieproduktion in den Hintergrund traten. Noch immer vermag der tägliche Verbrauch noch bei weitem nicht vollständig gedeckt zu werden, aber die Aufmerksamkeit der Dänen wendet sich doch auch schon dem Weltmarkt wieder zu, und man versucht, sich Rechenschaft über die günstigen und nachteiligen Folgewirkungen des Friedens abzulegen.

Über die Hoffnungen, die sich auf Kopenhagens zukünftige Stellung gründen, ist schon früher*) berichtet worden. Schwierigkeiten scheinen vor allem für die Zukunft der Industrie zu bestehen; Zufuhr und Absatz bilden das Problem. In beiden Beziehungen herrscht eine gewisse Furcht vor der Zukunft, die leider nur als begründet bezeichnet werden muß, denn die dänische Industrie steht und fällt mit der Zufuhr von Roh- und Hilfsstoffen und mit der Aus-

*) Vgl. „W.-D." Nr. 9, 1919.

fuhr fertiger Waren. Die Gefahr liegt darin, daß möglicherweise das Ausland die Einfuhr von Rohstoffen nach Dänemark hindert, während es gleichzeitig der dänischen Export-Industrie seine Märkte verschließt.

An erster Stelle ist die Verschlechterung der Kohlenversorgung in den letzten Monaten trotz des Waffenstillstandes zu nennen. In dieser Beziehung hat die deutsche Revolution auch in der dänischen Wirtschaft ihre Spuren hinterlassen, und dieser Zustand wird sicher andauern. Man muß hier die Hoffnung auf genügende deutsche Kohlenzufuhren für das erste aufgeben. Während wir im Kriege ungefähr die Hälfte unseres Verbrauchs aus deutschen Kohlen deckten, erhalten wir jetzt nur noch etwa 8000 t Gaskohlen im Monat, während die überseeischen Zufuhren ungefähr 160 000 t betragen, — eine Menge, die selbstverständlich vollständig ungenügend ist, um so mehr, als sich der Verbrauch der Industrie von Tag zu Tag vergrößert. Während der Blockade betrug die Einfuhr ungefähr 200 000 t im Monat, der normale Verbrauch erforderte 300 000 t. Die Größe der Zufuhren in den letzten Jahren ist aus folgender Tabelle zu ersehen (in 1000 t):

1913	1914	1915	1916	1917	1918
3573	3612	3890	3704	2165	2242

Das Maximum der britischen Zufuhren soll etwa 200 000 t betragen, aber sie betrugen im Januar und Februar 1919 nur gegen 150 000 t. Es müssen deshalb die angesammelten Reservelager stark in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig verfolgt man mit gespannter Furcht die Unruhe in den englischen Kohlengruben.

Unter diesen Umständen ist es von Bedeutung, auch für unsere bisherigen Kohlenlieferanten, daß Amerika eine halbe Million tons Kohle zu einem konkurrenzfähigen Preise (30 $ cif durch amerik. Schiff) anbietet. Das Angebot, das hier zuerst mit einiger Zurückhaltung entgegengenommen wurde, ist später, wie ich erfahre, Gegenstand geneigterer Erwägungen geworden, wenn man auch nicht gern seine alten Verbindungen aufgeben will und die amerikanische Kohle nur als Notbehelf ansieht.

Auch bei einer im Bereich der Möglichkeit liegenden Zurückhaltung der Rohstoffe durch das Ausland bei gleichzeitiger Überschwemmung des dänischen Marktes mit Fertigfabrikaten zu Schleuderpreisen, welche jede inländische Konkurrenz ausschalten, würde die dänische Industrie in schwere Notlage geraten. Diese Frage gehört der Zukunft an, ist aber so aktuell, daß man schon jetzt mit einiger Sicherheit feststellen kann, aus welchen Gründen der Industrierat einen Ausschuß zur Besprechung eventueller Verhaltungsmaßregeln einsetzte. Ob diese Besprechungen, wie es in Schweden beabsichtigt wird, ihren Niederschlag in Einfuhrverboten finden werden, mag dahingestellt bleiben. Vorläufig wird empfohlen, so weit wie möglich direkt auf den Produktionsmärkten zu kaufen; damit verfolgt man eine Politik, die sich schon während der Kriegszeit als günstig erwiesen hat. Offenbar besteht in der Welt ein großer Überschuß an einigen Produkten, ebenso darf man mit wachsenden Rohstofflagern rechnen, die nur weniger leicht zugänglich sind und durch den Tonnagemangel am Erscheinen auf dem Markte verhindert werden. Wenn mit den Produzenten dieser Rohstofflager direkte Verbindung hergestellt werden könnte und gleichzeitig ausreichende Tonnage zur Verfügung stände, so würden zweifellos die Vorbedingungen für die Einfuhr unter günstigen Bedingungen geschaffen sein. Die stark sinkenden Preisnotierungen einiger wichtiger Rohstoffe werden hier im Lande jedenfalls als eine Wirkung solcher Verhältnisse angesehen.

Rohstoffe allein können nun aber die Zukunft der dänischen Industrie noch nicht sicherstellen. Der Absatz auf den dänischen und besonders auf den ausländischen Märkten ist in Frage gestellt; wenn der internationale Handel nicht wieder in freie Bahnen gelenkt wird, so könnte uns das Ausland schwere Hindernisse in den Weg legen.

Es versteht sich daher, daß die dänische Industrie sich auf der Suche nach neuen Absatzmärkten befindet. Soeben ist ein Vertreter des Industrierates von der Utrechter Messe zurückgekehrt; dieser Vertreter hat mit holländischen Handels- und Industriekreisen offizielle Verhandlungen geführt. In beiden Ländern besteht ein Interesse daran, eine lebhaftere Verbindung herzustellen, denn das holländische Kolonialreich kann sowohl als Lieferant wichtiger Verbrauchsartikel, als auch als Absatzmarkt für unsere Industrieprodukte für uns große Bedeutung erhalten. In einem Gespräch, das wir mit dem genannten Vertreter, Ingenieur Hjalmar Langehatten, betonte dieser, daß Hollands industrielle Entwicklung gute Aussichten für einen Warenaustausch mit Dänemark bietet, weil sie sich vorzugsweise auf anderen Gebieten als die dänische auszeichnet. Während Pumpen, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Schiffbau, Glühlampen und Konfektion Dänemarks Spezialitäten bilden, bietet uns Holland elektrisches Material, Maschinen, Installationsmaterial, Ölmotoren, Dampfturbinen, Messer, Gabeln und landwirtschaftliche Maschinen. Die Letzteren kamen früher hauptsächlich aus Deutschland.

Während also der Hauptgesichtspunkt im großen ganzen sein muß, daß Dänemark sich auf eine scharfe Auslandskonkurrenz vorzubereiten hat, sind doch auch Anzeichen vorhanden, daß in nächster Zukunft viel ausländisches Kapital nach Dänemark strömen wird, um an dem erhofften wirtschaftlichen Aufschwung des Landes teilzunehmen. Da Dänemark von jeher ein Land der offenen Tür gewesen ist, steht es möglicherweise vor einer nicht ganz ungefährlichen Invasion. Schon jetzt heißt es zum Beispiel, daß eine Reihe von skandinavischen Fabriken und Geschäften für fremde Rechnung aufgekauft sind, und daß zur Monopolisierung der Ein- und Ausfuhr wichtiger Waren Korporationen mit dem Hauptsitz in einer großen Weltstadt geplant würden, in denen die skandinavischen Firmen nur beratende Stimme haben würden.

Ganz wird Dänemark allerdings fremde Unterstützung nicht entbehren können. Wenn man aber vor derartigen Absichten, wie den oben geschilderten, warnt, so muß das als berechtigt anerkannt werden. Eine große fremde Kapitalsinvasion in einem so schwachen Land wie Dänemark kann nur krisenschwanger sein. Aus demselben Grunde betrachtet man auch die deutschen Landaufkäufe im dänisch sprechenden Teil Schleswigs, der allem Erwarten nach bald an das Königreich fallen wird, mit großem Mißtrauen. Dänemark wünscht vor allen Dingen ein politisch und national reines Land zu sein und hat sich im Kriege gerade durch diese Tendenz Achtung erworben. Die gegenwärtige Situation muß daher als ein Kampf um die Selbständigkeit angesehen werden; nur unter diesem Gesichtswinkel sind jetzt der dänische Handel und die Industrie zu betrachten.

E. Woldbye

Vereinigte Staaten

Kriegsfinanzen

Eine Betrachtung der Kriegsfinanzen der Vereinigten Staaten von Nordamerika nötigt zu vorurteilsfreier Würdigung, nicht so sehr der Größe der Zahlen, die ja auch in den Etats der anderen kriegführenden Großmächte phantastische Höhen erreicht haben, auch nicht des Tempos der Entwicklung, die sich unvergleichlich schneller vollzogen hat als in anderen Staaten, sondern in erster Linie der erfolgreichen Energie, mit der hier ein gesundes Verhältnis zwischen Steuern und Anleihen zur Deckung des Kriegsbedarfs erstrebt ist. Daß eben dieses Verhältnis als „Grund und Fundament jeglicher Kriegsfinanzierung" angesehen wurde, zeugt ebenso von dem vorausschauenden Ernst, mit dem das amerikanische Schatzamt an seine Aufgabe herangetreten ist, wie die Begründung, die sein Sekretär Mc Adoo dem Gesetz über Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer gab. Eine Rechtfertigung dieses Steuergesetzes sah er in den Gefahren, die sich für Lebenshaltung und Moral des Landes aus übermäßigen Gewinnen Einzelner und einer verfehlten Preispolitik der Regierung ergeben müßten.

Das Wachsen der Einnahmen und Ausgaben in den Jahren 1914 bis 1919 zeigt folgende Tabelle:

Einnahmen in 1000 $	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19 6 Monate[1]	1918/19 Voranschlag
Ordentl Einnahmen	734673	697911	777480	1122576	3658546	1609106	4087700
Panama-Kanal	—	—	2555	5872	6036	3385	
Öffentliche Schuld	23021	22487	58369	2346712	16694297	16744112	13714100
Gesamt-Einnahmen	757694	720398	838404	3475160	20358879	18356603	17801800
Ausgaben in 1000 $							
Ordentl. Ausgaben	700254	731400	716367	1041635	7874386	8559754	
Sonderausgabe[2]	34827	29187	18630	938663	4822316	2072393	
Öffentliche Schuld	26961	17253	24669	671179	7214690	8229406	
Gesamt-Ausgaben	762042	777840	759666	2651477	19911392	18861553	24130000

Für 1917/18 und die erste Hälfte 1918/19 setzen sich diese Angaben im einzelnen zusammen wie folgt:

Einnahmen in 1000 $	1917/18	1918/19 (6 Monate)
Ordentliche Einnahmen		
Zölle	179998	76451
Einkommen- u. Kriegsgewinnsteuern	2314006	685474
Andere Steuern	872028	589419
Sonstige Einnahmen (Verkehrsabgaben, Getränke, Tabak usw.)	292514	257762
Zusammen	3658546	1609106
Panama-Kanal	6036	3385
Öffentliche Schuld		
I. Kriegsanleihe	520456	2664
II. „	3807865	—
III. „	3237716	933375
IV. „	—	6059579
Schuldverschreibungsverkäufe	8790732	9069816
Kriegssparmarken	307092	664822
Postsparbonds	1021	198
Depositen z. Kauf einj. Schatznoten	19150	—
Depos. z. Einzug v. Nationalbanknot.	10265	13658
Zusammen	16694297	16744112
Gesamt-Einnahmen	20358879	18356603
Ausgaben in 1000 $		
Ordentliche Ausgaben:		
Schecks und Warrants	7684643	8352538
Zinsen aus öffentlicher Schuld	189743	207216
Zusammen	7874386	8559754
Sonderausgaben:		
Panama Kanal	19268	6869
Kauf v. fremden Regierungs-Obligat.	4738030	2061987
„ „ Federal Farms Loan Bonds	64160	3500
Zinsen auf „ „ „ „	858	37
Zusammen	4822316	2072393

[1] Einnahmen und Ausgaben vom Juni einbegriffen, die im Juli durch das Schatzamt gingen.

[2] Unter diesem Begriff sind Ausgaben für den Panama-Kanal, Westindische Inseln, Federal Land Banks und ähnliches sowie die Ankäufe von fremden Regierungs-Obligationen zusammengefaßt.

Öffentliche Schuld:		
Eingez. Schuldverschreibungen	7165703	8208675
Zurückgez Schatznoten	27362	9849
Eingez. Banknoten	21625	10882
Zusammen	7214690	8229406
Gesamt-Ausgaben	19911392	18861553

Die Gesamtausgaben zeigen in 5 Jahren ein Anwachsen, das einem Verhältnis von 1 : 26,13 entspricht, und in gleichem Maße sind die Einnahmen im Verhältnis von 1 : 26,87 gestiegen. Durch die eigentlichen Kriegsausgaben allein ist dieses stürmische Anschwellen nicht zu erklären; es finden sich in diesen Summen große Beträge, die für werbende Zwecke, wie Handelsschiffe, Hafen- und Werftanlagen usw. ausgeworfen sind. Eine Eigentümlichkeit der Ausweise ist die Aufnahme der Erneuerung der schwebenden Schuld, die unter der Rubrik „eingezogene Schuldverschreibungen" mit gewaltigen Summen erscheint — 1916/17 626,2 Mill. $, 1917/18 7165,7 Mill. $ und in den ersten sechs Monaten 1918/19 sogar 8208,7 Mill. $ —, ein Posten, der in den Einnahmen unter „Schuldverschreibungsverkäufen" sein Gegenstück findet, wobei es sich zum größeren Teil nur um buchungsmäßige Einnahmen und Ausgaben handelt.

Ein weiterer großer Betrag, der im wesentlichen unter den Sonderausgaben mit der Bezeichnung „Kauf von fremden Regierungsobligationen" erscheint, ohne seiner Natur nach eine eigentliche Ausgabe darzustellen, sind die Vorschüsse die die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Verbündeten gemacht hat. Durch Gesetz vom 9. Juli 1918 wurde der hierfür zur Verfügung stehende Betrag auf 10 Milliarden $ festgesetzt. Hierauf sind nach einer Aufstellung des Schatzamts folgende Summen verausgabt:

in Mill. $	bis Ende 1917	bis Ende 1918
An England	2045	4176
Frankreich	1285	2436
Italien	500	1310
Belgien	77	253
Serbien	4	12
Rußland	325	325
Griechenland	—	40
Kuba	—	15
Tschecho-Slowaken	—	7
Rumänien	—	7
Liberia	—	5
Zusammen	4046[3]	8586

Es gibt bisher in der Geschichte der zwischenstaatlichen Finanzbeziehnngen kein Beispiel für die Art und die Höhe, in der die Regierung der Vereinigten Staaten während des Krieges zum Gläubiger fremder Regierungen geworden ist. Der Weg dieser Entwicklung, die mit dem Kriegsende keineswegs aufgehört hat, und ihre Wirkungen lassen sich noch nicht überblicken.

Während demnach die „Sonderausgaben" in der Hauptsache die Anleihen an die Verbündeten, und die Ausgabe unter „öffentlicher Schuld" hauptsächlich die Erneuerung der schwebenden Schuld umfassen, sind unter den „ordentlichen Ausgaben" die eigentlichen Kriegsaufwendungen der Vereinigten Staaten enthalten. Ihr Anwachsen zeigt folgende Zusammenstellung:

in 1000 $	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19 (6 Mon.)
Schecks und Warrants	677390	708497	693467	1018403	7684643	8352538
Zins. a öffl Schuld	22864	22903	22900	23232	189743	207216
Zusammen	700254	731400	716367	1041635	7874386	8559754

Ihre Deckung finden diese Ausgaben durch eine erhebliche

[3] Die Addition der Spalte ergibt 4236 Mill. $

Steigerung der ordentlichen Einnahmen, insbesondere der Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer, sowie durch die Inanspruchnahme des Kredits.

Die „ordentlichen Einnahmen" betrugen:

in 1000 $	1913/14	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18	1918/19 (6 Mon.)
Eink.- u. Kriegsgew.-Steuern	71381	80202	124867	360006	2314006	685474
Andere „	308660	335468	387873	449210	872028	589419
Sonst. Einn.	62312	72454	52874	87378	292514	257762
Zölle	292320	209787	211865	225982	179998	76451
Zusammen .	734673	697911	777480	1122576	3658546	1609106

Neben der durch den Krieg erklärten Abnahme der Zollerträge ergibt sich hieraus in den Steuereinnahmen des Jahres 1917/18 gegen 1913/14 eine Vermehrung um mehr als das achtfache.[1])

Die Resultate, die die Regierung bei der Ausnutzung ihres Kredits erzielt hat, sind nicht weniger beachtenswert. Zwar sind die Zeichnungsergebnisse der Kriegsanleihen in ihrer absoluten Höhe nicht sehr verschieden von den Kriegsanleihen anderer Staaten, aber der Erfolg, mit dem der von der Wirtschaft nicht nur des eigenen, sondern auch fremder Länder stark in Anspruch genommene Kapitalmarkt gerade die langfristigen Anleihen untergebracht hat, gewinnt eine besondere Bedeutung durch die gleichzeitige scharfe Erfassung der Kapitalbildung durch die hohe Einkommensteuer. Wenn der Markt sich gegen die Ausgabe weiterer langfristiger Anleihen sträubt und für die in diesem Frühjahr zu begebende 5. Kriegsanleihe einen kürzeren Termin fordert, so kennzeichnet sich darin die Unlust des amerikanischen Kapitals, lange Festlegungen anzunehmen, aber die Forderung findet in den unbekannten Bedürfnissen der Übergangswirtschaft ihre besondere Begründung.

Die Gesamtkredite, die dem Schatzamt von Senat und Kongreß bis September 1918 bewilligt waren, beliefen sich auf: 8 Milliarden $ einjährige Schatzanweisungen, 4 „ „ Sparbonds und 20 „ „ sonstige Kredite, deren Zinssatz auf nicht mehr als 4½% festgesetzt wurde.

Hierauf wurden folgende Anleihen begeben:

	Gezeichnet	Zugeteilt	Ausstehd. Ende 18
Juni 17 2 Milld. $ 3½% steuerfrei..	3 036 226 850 $	2 000 000 000 $	1 989 Mill. $
Okt. 17 3 Milld. $ 4 %..	4 617 532 300 „	3 808 766 150 „	3 808 „ „
April 18 3 Milld. $ 4¼ %.....	4 176 516 850 „	4 176 516 850 „	3 794 „ „
Septbr./Oktbr. 18 6 Milld. $ 4¼%	6 989 047 000 „	6 989 047 000 „	6 989 „ „
Zusammen.....		16 974 330 000 $	16 581 Mill. $

An kurzfristigen Schuldscheinen wurden bis Ende 1918 10 864 Mill. $ emittiert, von denen 8 125 „ „ zurückgezahlt waren, so daß am gleichen Termin 2 739 Mill. $ ausstanden. Hierzu kommt eine Ausgabe von Kriegssparscheinen von 966 Mill. $, so daß sich eine Kriegsschuld von 20 286 Mill. $ ergibt.

Eine Zusammenfassung des finanziellen Status der Vereinigten Staaten zeigt Ende 1918 folgendes Bild:

Gesamtkriegsschuld	20 286 Mill. $
Vorkriegsschuld	1 192 „ „
Gesamtschuld.....	21 478 Mill. $
÷ Vorschüsse an die Alliierten ...	8 586 Mill. „
Nettoschuld	12 892 Mill. $

Diese Zahlen zeigen gleichzeitig eine gewaltige Finanzkraft und eine Anwendung dieser Kraft, deren Wirkungen noch nicht abzusehen sind. *H. B.*

Aegypten und Sudan

Nach den englischen Berichten, insbesondere „Times Trade Supplement", Febr. 1919, hat Aegypten mit dem Sudan im Kriege eine Zeit von ungemeinem Aufschwunge erlebt. Die Staatseinkünfte mehrten sich infolge der allgemeinen Preissteigerung der ein- und ausgeführten Waren, die Baumwolle erreichte einen noch nie dagewesenen Preis, so daß die Landleute ihre Schulden abtragen konnten; die Truppenansammlungen führten Vergrößerungen der Umsätze herbei, dem gegenüber die Transportschwierigkeiten weniger ins Gewicht fielen; kurz, es scheint, als ob das Land in den „sieben fetten Jahren" lebe, und man denkt nicht daran, daß ihnen die „mageren" folgen können.

In dem Ende März 1918 abgeschlossenen Etatsjahre übertrafen die Staatseinnahmen alles bisher dagewesene, mit 23 166 074 £ E, die Ausgaben betrugen 22 496 948 £ E, ein schließlich der Beiträge von 3 Mill. £ E zum englischen Kriegsfonds. Von dem Überschuß sind 389 257 £ E auf besondere Rechnung gesetzt: Es handelt sich um den Gewinn bei der Ausgabe von Silber während des Jahres, mit dem ein Verlust gedeckt werden soll, der sich bei der Zurückziehung von Münzen nach dem Kriege ergeben könnte. Immerhin hat die Generalreserve am 1. April 18 auf 6 770 179 £ E erhöht werden können. Folgende Tabelle erläutert die Entwicklung:

Staatshaushalt in £ E.

	1914/15	1915/16	1916/17	1917/18
Einkommen	15 389 124	17 759 418	19 927 274	23 166 074
Ausgaben	16 857 783	15 324 259	17 240 606	22 496 948
Reservefonds	—	1 270 407	—	—
Generalreserve ..	3 634 890	4 799 642	6 490 310	6 770 179
Amortisation der öffentl. Schuld .	115 800	... ...	— ...	175 200
Spezialreserve für Silbermünzen ..	—	—	996 000[1])	389 257[2])
Beitrag zum engl. Kriegsfonds	—	—	—	3 000 000

Nach dem Schreck im ersten Kriegsjahre hat sich alles glänzend erholt. Für das Jahr 1918–19 ist die Einnahme mit 22 900 000 £ E, die Ausgabe mit 23 250 000 vorgesehen. Die Höhe des Budgets ist natürlich durch die gestiegenen Material- usw. Preise bedingt, 950 000 £ E Vermehrung fallen allein auf die Mehrkosten des Feuerungsmaterials für die Bahnen, 560 000 auf die Erhöhung der Beamtengehälter. Seit dem auf die amerikanische Krisis von 1907 bald folgenden Tripoliskriege ist das Land im Zeichen der Hochkonjunktur. Infolge der enormen Baumwollpreise braucht der Landmann keine Vorschüsse mehr, konnte vielmehr die früheren großenteils zurückzahlen, so daß die Banken oft in Verlegenheit waren, das flüssige Geld zu investieren. Die aegyptische Nationalbank, die das Notenprivileg besitzt, hat nur 3 Mill. £ E Kapital, mit den Reserven 1917 4 663 278 £ E. Ursprünglich sollte die Hälfte des Betrages der ausgegebenen Noten durch Gold, die andere Hälfte durch Sicherheiten gedeckt sein. Bei dem Bedarf an Zahlmitteln im Kriege und der Schwierigkeit, Gold zu beschaffen, hat die Regierung die Bank am 30. Okt. 1916 ermächtigt, Britische Treasury Bills an Stelle des Goldes zu benutzen, so daß sich folgendes Bild ergab:

---

[1]) Zum Vergleich seien die Ergebnisse der direkten Steuern in Großbritannien angeführt (in Mill. $):

1914	1915	1916	1917	1918
991	1 133	1 684	2 867	3 536

[1]) Regierungsgewinn aus den Silbermünzen von Kriegsbeginn bis 31. März 1917.

[2]) Gewinn aus den Silbermünzen im Jahre 1917/18.

	Dez. 1915	Dez. 1916	Dez. 1917	Sept. 1918
Ausgegebene Noten	11 550 000	21 200 000	30 800 000	32 800 000
Goldbestand	7 134 123	5 930 710	3 859 379	3 300 297
Brit. Treasury Noten	—	4 669 290	11 540 621	13 099 703
Zusammen	7 134 123	10 600 000	15 400 000	16 400 000
Aegypt. Treas. Bills	4 415 877	2 876 250	2 145 000	—
Aegypt. Govt. and Guar Securities		555 760	551 747	544 608
Brit. Treas. Bills Exchange Bonds Nat. War-Bonds		7 167 990	12 703 253	15 855 392
Zusammen	11 550 000	21 200 000	30 800 000	32 800 000

Die englische Regierung wird demnach die Ausfuhr aus Aegypten mit Brit. Treasury Noten beglichen und zugleich einen großen Teil des aegyptischen Goldschatzes nach England gelegt haben.

Das aegyptische Münzsystem basiert seit 1885 auf dem Aegyptischen Goldpfund, das meist durch das englische ersetzt wird. welches zu 97½ Piaster umläuft, obgleich das Münzpari 98 45 p ist. Im Jahre 1916 ist aus Mangel an Scheidemünze die Indische Silberrupie zum legalen Zahlmittel gemacht zum Kurse von 6½ p, zugleich wurde eine neue Geldsorte ausgegeben mit dem Monogramm des neuernannten Sultan's Hussein I. Endlich sind noch mit Erfolg kleine Noten geschaffen. Trotzdem der Financial Adviser Sir W. E. Brunyate das Bestehen einer Inflation ableugnet, weil Aegypten nicht wie die kriegführenden Länder Kriegskredite habe schaffen müssen, ist die „Times" der Meinung, daß die Inflation in Aegypten eben durch die Inflation in den anderen Ländern hervorgerufen sei, und daß die Steigerung der Preise jedenfalls auf eine Inflation zurückzuführen sei. Ende 1918 ist die Notenausgabe auf 32 800 000 £ E gestiegen, das umlaufende Silbergeld von 2 auf 7 Mill., und das ganze umlaufende Geld hat sich demnach im Kriege bis Ende 1918 von 16—18 auf 40 Mill. £E erhöht. Der frühere Zufluß von Gold hat trotz der hohen Baumwollgewinne aufgehört. An seine Stelle traten Noten. Aber hierdurch kann nur etwa eine Notenvermehrung um 5 Mill. £E erklärt werden. Der Rest ist der Anwesenheit der Truppen und der Inflation in anderen Ländern zuzuschreiben.

Über die Verschiebung des Handels geben folgende Zahlen Auskunft:

Wert des Gesamthandels (in 1000 £ E.)

	1913	1915	1916	1917	1918
Einfuhr	27 865	19 329	30 854	33 175	51 155
Ausfuhr	31 662	27 046	37 462	41 061	45 370

Ausfuhrwerte (in 1000 £ E)

Aegypten	1913	1917	1918	Sudan	1913	1917
Rohbaumw.	25 513	33 495	38 034	Gummi arab.	372	734
Baumwollsaat	3 295	1 818	2 657	Lebendes Vieh	172	490
Eisen	252	454	296	Rohbaumwolle	152	564
Oelkuchen	296	513	?	Hirse (Durra)	22	659
Zigaretten	359	406	?	Sesam	105	202

Einfuhrwerte (in 1000 £ E)

Baumwollgewebe	3657	6990	13 686	Baumwollgewebe	496	776
Kohle	2012	3310	5 154	Zucker	258	410
Eis.-Masch., Stahl	2673	1377	2 572	Mehl	105	67
Mehl	2196	693	615	Kohle	74	318
Tabaksblätter	1015	2883	3 101	Kaffee	68	41

Den Anteil der wichtigsten Länder an Aegyptens Außenhandel zeigen folgende % Zahlen:

	Einfuhr		Ausfuhr		
	1913	1917	1913	1917	1918
England	31	44	43	60	66
Brit. Ost-Indien	6	16	—	—	—
Deutschland	6	—	13	—	—
Türkei	10	—	—	—	—
Frankreich	9	3	9	6	5
Italien	5	7	—	6	5
Oesterreich	7	—	6	—	—
Vereinigte Staaten	—	3	8	12	10
Andere Länder	26	19	14	16	?
Rußland	—	—	7	—	—

Wir sehen aus vorstehenden Tabellen, daß der Wert der meisten ein- und ausgeführten Waren sich bedeutend vermehrte. Alle für die Kriegführung nötigen Dinge wurden gehandelt, bei vielen trat infolge der Frachtverhältnisse eine starke Preissteigerung ein; die mangelnde Zufuhr von Lebensmitteln aus dem Auslande wurde durch Zufuhren aus dem Sudan ausgeglichen, besonders wurde von dort Schlachtvieh und Hirse gebracht. Der prozentuale Anteil Englands an dem Handel vermehrte sich, An Stelle des fortgefallenen Handels mit Deutschland und seinen Verbündeten sowie Rußlands traten auch die Vereinigten Staaten sowie Italien.

Im Jahre 1918 ging fast die ganze Ausfuhr von Eisen, Baumwollsaat, Zwiebeln und Datteln, 25 % von Gummi arabicum und 70 % von Baumwolle nach den Vereinigten Staaten.

Ganz interessant ist folgende auszugsweise Zusammenstellung über die Mengenzahlen einiger Einfuhrwaren, aus der ersichtlich ist, wie alle nicht unmittelbar kriegsnotwendigen Waren, Eisen usw., für den Handel ausfielen, während Nahrungsmittel, Säcke u. a. m. sich sehr vermehrten.

	in 1000 kg		Einfuhrwert in 1000 £ E.	
Fleisch, gesalzen, gefroren, konserviert	1913 2 165	1917 19 325	1913 124	1917 1403
Kerzen	926	808	31	56
Weizenmehl	203 547	22 162	2 196	693
Tee	965	3 058	68	295
Bier	6 711	19 77	50	44
Zement	59	4	108	23
Fensterglas (Kisten)	50	9	40	18
Zündhölzer (Kisten)	30	26	80	221
Jutegewebe	427	5 040	11	109
Leere Säcke (Stück)	10 606	21 875	335	1086
Gegossene Eisenrohre	3 254	690	57	11
Schienen	26 484	311	185	8
Galv. Eisenplatten	11 728	1 224	89	33
Bleirohre	370	9	8	0,3
Bleiplatten	451	143	10	6
Landw. Maschinen	—	—	266	25
Elektr. Maschinen	—	—	66	12
Petroleum- und Gasmaschinen	667	66	136	60
Elektr. Apparate	—	—	139	52

—q—

(Fortsetzung folgt.)

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Die Erholung des Markkurses ist nicht von Dauer gewesen. Der Dollar hat in Amsterdam die Parität fast erreicht.

Kurs der Reichsmark

	19. 3.	20. 3.	21. 3.	22. 3.	24. 3.	25. 3.	gegen Münzpari am 24. bzw. 25. 3.
Zürich	50,—	50,—	49,25	47,25	45,25	46,—	— 62,74
Amsterdam	25,—	24,70	23,80	23,60	23,25	22,25	— 62,45
Stockholm	37,50	37,50	37,—	35,50	35.—	35,—	— 60,62
Kopenhagen	41,—	40,25	38,75	38,	37,25	37,25	— 58,09
Kristiania	39,50	39,50	39,—	38 50	38,50	—,—	— 56,69
Wien	202,05	203,05	203,05	203,05	—,—	—,—	+ 72,72

Kurs der österreich-ungarischen Krone

	19. 3.	20. 3.	21. 3.	22. 3.	24. 3.	25. 3.	gegen Münzpari am 24. bzw. 25. 3.
Zürich	24,—	24,—	23,50	23,—	21,50	21,50	— 79,50
Amsterdam	11,95	11,85	11,65	11.73	11,65	11,55	— 77.03
Kopenhagen	20,—	20,—	—,—	20,—	—,—	19,—	— 74.87
Berlin	48,95— 49,05	48,95— 49,05	48,95— 49,05	48,95— 49,05	48.95— 49,05	48,95— 49,05	— 42.40 — —,—

Kurs des Pfund Sterling

	19. 3.	20 3.	21. 3.	22. 3.	24. 3.	25. 3	gegen Münzpar am 24. bzw. 25.
Zürich	23,34	23,40	23,39	23.38	23,32	23,29	— 7.65
Amsterdam	11,675	11,71	11,73	11,52	11,20	10,30	— 14.12
Stockholm	17,05	17,25	17,35	17,20	17,22	17,22	— 5,18
Kopenhagen	18,49	18,40	18,48	18,30	18,27	18,37	— 1,15
Kristiania	17,98	17,98	18,05	18,05	17,91	—,—	— 1,38

Kurs des französischen Franken

	19 3.	20 3	21. 3	22 3	24. 3	25 3.	gegen Münzpari am 24 bzw. 25. 3
Zürich	85,40	85,50	86,25	86,25	86,10	86 25	— 13 75
Amsterdam .	42,80	43,025	43 05	43,65	43,05	42,95	— 10,52
Stockholm ..	63,—	64,—	64,25	64.25	64 25	—.—	— 10,76
Kopenhagen	67,50	68,50	68,50	68,—	68,25	68,25	— 5,21
Kristiania ..	66,50	66,50	66.50	66,75	66,75	—,—	— 7,29

Kurs des Dollar

	19 3.	20. 3.	21. 3.	22 3	24. 3.	25 3	gegen Münzpari am 24 bzw. 25. 3.
Zürich	491,—	498,—	498,—	496,—	502,—	502,—	— 2,09
Amsterdam .	246,—	247,50	247,75	247.75	250 —	249,5	— 0 03
Stockholm	360,—	368,—	368, -	385, -	373,—	—,—	— 13 40
Kopenhagen	393,50	391,—	—,—	400.—	393,—	—,—	— 5 09
Kristiania .	383,—	379,—	381,—	390,—	385,—	—,—	— 3 22

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	13 3.	18. 3
Alexandrien	97 7/16 pari	97 7/16 pari
Bomb./Kalk.	1 s 6 d—1 s 6 1/16 d	1 s 6 d—1 s 6 1/16 d
Hongkong	3 s 1 1/4 d	3 s 1 1/4 d
Shanghai	4 s 7 1/2 d	4 s 6 1/2 d
Singapore	2 s 3 15/16 d—2 s 4 3/32 d	2s 3 15/16d—2 s 4 1 16 d
Yokohama	2 s 1 7/16 d—2 s 1 15 16 d	2 s 1 3/8–2 s 1 7/8 d
Montevideo T.T.	60 1/4 d—61 1/4 d	60 1/4 d—61 1/4 d
Rio de Janeiro	13 3/8	13 5/16 d
Bs. Aires T.T.	51 d—51 1/2 d	51 3/8 d—51 1/2 d
Valparaiso 90 T.	9 3/8 d	9 1/2 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Durch den Justizminister sind die Kassen angewiesen worden, die Nickelmünzen zu 10 und 5 Pfennig nicht mehr zurückzubehalten, sondern die etwa angesammelten Bestände dem Verkehr zuzuleiten. („R. W. Z." Nr. 228 v. 18. 3.)

Durch Gesetz wurde die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Geldzeichen, die auf Rubel russischer Währung lauten, verboten. Jeder Verkehr mit derartigen Zahlungsmitteln darf auch innerhalb der durch die Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland vom 8. Febr. 17 bisher zugelassenen Grenzen nur durch Vermittlung der Reichsbank stattfinden. Diese kann Ausnahmen zulassen. Die Begründung zu dem Gesetz führt aus, daß der Finanzirung der bolschewistischen Bewegung in Deutschland mit russischen Staatsmitteln ein Riegel vorgeschoben werden soll. Namentlich an der Ostgrenze des Reichs werde ein ständig zunehmender Handel mit russischen Zahlungsmitteln wahrgenommen. An einzelnen Stellen Deutschlands würden sie sogar schon unmittelbar in Zahlung genommen. In anderen Fällen nähmen russische Geldzeichen ihren Weg über Deutschland, um im neutralen Ausland in fremde Währung eingetauscht und dann dort und in Deutschland der bolschewistischen Propaganda dienstbar gemacht zu werden. Nachdem die Bekanntmachung betr. Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rubeln vom 17. März 17 im Anschluß an den Friedensvertrag mit Rußland wieder aufgehoben worden sei, bestehe keine andere gesetzliche Handhabe.

Eine Verordnung der ungarischen Regierung ermächtigt den Finanzminister, die im Gebiete der ungarischen Volksrepublik wohnenden Personen sowie alle Rechtspersonen, die dort Besitz oder Niederlassung haben, zu verpflichten, die in ihrem Eigentum befindlichen Wertpapiere, Forderungen, Valuten und Goldmünzen der Regierung leihweise auf spätestens 3 Jahre nach Friedensschluß anzubieten. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 128 v. 17. 3.)

Das italienische Oberkommando hat im besetzten Gebiet den Umlauf von abgestempelten österreichischen Banknoten verboten und bedroht Banken, die solche Noten annehmen, oder auch nur in Depot nehmen, mit zwangsweiser Schließung. („Frankft. Ztg." Nr. 169 v. 4. 3.)

Auf Grund eines von Paderewsky und dem polnischen Finanzminister Englisch gekennzeichneten Dekrets wird die polnische Werteinheit den Namen „Lech" führen. Ein Lech hat 100 Groschen. („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 124 v. 14. 3.)

Der Finanzausschuß des Stortings empfiehlt einstimmig der Bank von Norwegen die Wiederaufnahme der Goldankäufe zu gestatten. Ihr Goldbestand betrug am 30. 6. 17 217,8 Mill. Kr, davon 129,9 Mill. in den Kellern der Bank, am 15. 2. 19 257,3 Mlil., davon 121,8 Mill. Kr in Kristiania. („Frankft. Ztg." Nr. 197 v. 14. 3. 19).

Die amerikanische Regierung hat den Handel mit russischen Rubeln untersagt („Deutsche Allg. Ztg." Nr. 124 v. 14. 3. 19.)

Kursschwankungen deutscher Aktien*)

Name des Unternehmens	Am 1. Juli 1914 Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Am 31. Dezember 1918 Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Am 28. Febr. 1919 Kurs %	Kurswert d Aktienkapit. Mill. ℳ
Rheinische Gerbstoff	18	255 1/4	3,3	25	160	2	160	2
J. D. Riedel	13	253	15,9	16	200	12,6	200	12,6
Riebeck Mont.-W. [69]	12	175 1/2	50	15	197	75,8	185	71,2
Roddergrube Braunkohlen [70]	15	351	77,2	14	250	75	258 3/4	77,6
Rombacher Hütte [71]	10	152 1/4	76,1	15	146	87,6	153	91,6
Ph. Rosenthal, Porzellan	20	274	8,2	30	290	8,7	3 9 1/2	9,9
Rositzer Braunkohlen [72]	—	74 3/4	5	0	110 1/2	13,8	121	15,1
Rütgerswerke [73]	12 1/2	189 3/4	4,7	12 1/2	152	15,2	166	16,6
Sächsischer Gußstahl Döhlen [74]	20	262	12,4	30	185 1/2	18,6	215	21,5
Sängerhauser Maschinenfabrik	10	123	2,6	20	205	4 3	241	5,1
Schering, chem. Fabrik	15	230	18,4	18	186	14,9	211	16,9
Schlesischer Bergbau	17	319	85,2	20	240	66	221 3/4	60,5
Schles. Lein. Kramsta	3	114	7,9	12	140	10,5	157 3/4	11,8
Schlesische Portland-Zementfabrik [75]	10	156 1/4	7,3	10	130	10,1	134 7/8	10,4
Hugo Schneider [76]	9	143,60	7,2	30	171	12	216	15,1
Schoeller Eitorf	4	83	5,1	12	112 1/2	6,9	133	8,1
Schubert & Salzer [77]	27	335	15,1	30	195 1/4	9,6	236	11,6
Schuckert, Elektrizitäts-Werke	8	143 60	100,5	8	128 3/4	90,1	123 1/2	86,45
Fritz Schulz jr.	20	261 1/4	13,6	24	198	10,3	270	14
Seck Mühlb. Dresden [78]	—	118	6,5	10	115	8 05	132 3/4	9,3
Fr. Seiffert & Co.	9	134	2,7	20	205.	4,1	245 1/4	4,9
Siemens, Glasindustrie	15	211 1/2	23,3	17	179	19,7	199 1/2	21,9
Siemens & Halske	12	210,60	132,7	12	171	101,4	150	94,5
Spritbank A.-G. [79]	23	439	13,2	25	400	13	440	14,3
Stettiner Vulkan	6	126,10	18,9	8	129	19,3	146	21,9
Tecklenburg Schiff [80]	10	123	6,15	12 1/2	120 1/2	7,2	135 1/8	7,9
Thale Eisenhütte St.-P.	18	191 1/4	14,3	42 3/8	212	15,9	286 1/2	21,4
Leonhard Tietz	7	105 1/2	18,5	8	110 1/2	19,3	117 1/2	20,6

Seit 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1918 wurde das Aktienkapital erhöht bei:

[69] von 28 5 auf 38,5. [70] von 22 auf 30. [71] von 50 auf 60. [72] von 6,75 auf 12 5. [73] von 2 5 auf 10. [74] von 4,75 auf 10. [75] von 4,7 auf 7.7.. [76] von 5 auf 7. [77] von 4.5 auf 4.9. [78] von 5,5 auf 7. [79] von 3 auf 3,25. [80] von 5 auf 6.

*) Schluß zu Nr. 12 v. 21. März 1919.

Name des Unternehmens	Am 1. Juli 1914 Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapil. Mill. ℳ	Am 31. Dezember 1918 Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Am 28. Febr. 1919 Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ
Triptis Aktien-Gesellschaft	12	155¼	9,3	6	156	9,7	135	8,1
Tüllfabrik Flöha	—	270	13,5	16	167	8,35	212	10,6
Union, Fabrik chemischer Produkten	18	206	17,3	7	140	11,8	162	13,6
Varziner Papierfabrik	6	95	6,65	20	162	11,3	206	14,4
Vereinigte Chemische Charlottenburg	21	352¾	10,6	45	270	8,1	294	8,8
Vereinigte Köln-Rottweil [81]	20	320½	52,9	20	133	43,9	209	69
Vereinigte Deutsche Nickelwerke	—	298½	26,9	30	196	17,6	236½	21,3
Vereinigte Glanzstofffabriken Elberfeld [82]	34	598	44,85	20	375	56,25	444	66,6
Vereinigte Lausitzer Glas	25	348	14,6	25	313¾	13 2	343	14,4
Vereinigte Nord-Süddeutsche Spritwerke	26	387	8,1	—	240	5,0	240	5
Vereinigte Nord. St. Zyp. u. Wiss.	12	159,10	27,0	25	180	30,6	182½	31
Vereinigte Pinselfabriken	15	266	10	20	204	7,65	204	7,65
Vogtländische Maschinenfabrik	30	282¾	15	25	208½	11,—	261	13,8
Vogtländische Tüllfabrik	10	196	9,8	22	156	7,8	172	8,6
Wanderer Werke [83]	24	344½	12,1	—	255½	13,4	291½	15,3
Wasserwerk Gelsenkirchen	10	192	53,8	8½	139	38,9	159	44,5
Westeregeln Alkali [84]	13	190	33,4	10	189¾	48,7	207½	53,2
Westfälischer Draht, Hamm	10½	168¼	16,8	8½	114½	11,45	120	12
H. Wissener Metall	23	324½	3,2	25	250	2,5	250	2,5
Wittener Gußstahlwerke	14	190½	12,35	27	179	11,6	194	12,6
Zeitzer Maschinenfabriken	20	289½	5,3	40	241	4,3	294¾	5,3
Bankaktien								
Bank für Brau-Industrie	—	57¾	4,0	6	85	5,95	106¾	7,5
Barmer Kreditbank [85]	6	101	1,8	6½	99	2,1	144½	3,0
Berg.-Märk. Industrie-Bank, Elberfeld	7½	145½	8,7	9	121	7,3	123	7,4
Berliner Handelsgesellschaft	8½	149,10	164	8	153	168,3	156½	172,15
Berliner Kassenverein	8	121	10,9	6½	113	10,2	116	10,4
Chemnitzer Bank-Verein	6	108	16,2	8	117	17,55	116	17,4
Commerz- und Diskonto-Bank	6	106,90	90,9	7	117	99,45	123	104,55
Darmstädter Markstücke	6½	115,40	184,6	7	113¾	181,9	118¾	189,9
Deutsche Bank	12½	235	646,25	14	205	563,75	213¾	587,8
Diskonto-Kommandit [86]	19	183½	183,5	11	265	181,5	268½	185,35
Dresdner Bank [87]	8½	147,40	294,8	8½	140	364,—	147¼	382,85
Hannoversche Bank	7½	136,30	49,1	8	135½	48,8	150	54
Leipziger Kredit-Anstalt [88]	8½	149¾	187,1	9	141	176,25	151	188,75
Mitteldeutsche Kreditbank	6½	115	69,0	7	117	70,2	122	73,2
Mitteldeutsche Privatbank	7	119¼	71,4	7	114½	68,4	124	74,4
National-Bank für Deutschland	6	108,40	97,2	6	101	90,9	104⅜	94
Ostbank für Handel und Gewerbe [89]	7	120½	32,6	7	117½	40,95	115	40,25
Preußische Bodenkreditbank	8	151¾	45,3	7	133	39,9	141½	42,45
Preußische Hypotheken-Aktien Bank	6	112½	56,6	6½	108	54,6	135	68,3
Reichsbank	8,43	139	250,2	8,72	127½	229,5	129	232,2
Deutsche Klein- und Straßenbahnaktien								
Allgemeine Lokal- und Straßenbahn	10	162½	40,5	9	130½	32,5	141¾	35,4
Große Berliner Straßenbahn	8	147	147,1	4	121¾	121,8	130	130,1
Hamburger Straßenbahn	10	178¼	37,4	10	188	39,5	192	40,3
Hannoversche Straßenbahn, Vorzugs-Aktien	3½	78¾	18,9	5½	114¾	27,4	122¼	29,3
Magdeburger Straßenbahn	9½	177	10,6	10	184½	11,0	180	10,8
Schiffahrtsaktien								
Argo, Dampfschiffahrts-Gesellschaft [90]	12	117,90	10	24	139	15,3	160⅞	17,7
Deutsch-Austral. Dampfschiff.-Gesellschaft	14	170½	34,1	—	119	23,8	119	23,8
Hamburg-Amer. Paketfahrt A.-G.	10	127½	229,5	—	81¼	146,25	91⅛	164
Hamburger Reeder von 96 [91]	12	81¼	2	—	83½	8,35	83½	8,35
Hambg.-Südamer. Dampfschiff.-Gesellschaft	14	157½	39,4	—	126¼	31,55	143	35,75
Hansa, Dampfschiffahrts-Gesellschaft	20	258	64,5	—	164½	41,—	189¼	47,3
Norddeutscher Lloyd	8	110,60	138,25	—	81½	101,9	92⅛	115,2
Schlesische Dampfer Co. [92]	7½	82	4,3	—	115	8,05	137½	9,6
Vereinigte Elbschiffahrt	—	67½	7,4	0	70	7,7	94⅞	10,5
Brauereien								
Berliner Kindelbräu	15	263	2,6	20	220	2,2	—	—
Berliner Kindelbräu St. Pr.	17	282½	8,5	22	229	6,9	256	7,7
Bochum Victoria	7	199¾	2,1	9	130	2,6	144	2,9
Böhmisches Brauhaus	7	136½	4,5	10	125	4,1	170¼	4,8
Bolle Weißbierbrauerei a. b. q.	—	123½	0,7	5	101	0,6	705	0,6
Brieger Stadtbrauerei	5½	101	2,0	6	125	2,5	—	—
Büchner Erfurt	7	114	2,3	8	120	2,4	137	2,7
Danziger Aktien-Brauerei	12	189	2,9	8	110	1,7	—	—
Deutsche Bierbrauerei	3	85½	3,4	—	105	4,2	122	5,6
Dortmunder Aktienbrauerei [93]	30	401	8,4	20	330	11,55	—	—

Seit 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1918 wurde das Aktienkapital erhöht bei:
[81]) von 16,5 auf 33. [82]) von 7,5 auf 15. [83]) von 3,5 auf 5,25. [84]) von 17,6 auf 25,7. [85]) von 1,8 auf 2,1. [86]) von 100 auf 110. [87]) von 200 auf 260 [88]) Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt. [89]) von 27 auf 35. [90]) von 8,5 auf 11. [91]) von 2,5 auf 10. [92]) von 5,2 auf 7. [93]) von 2,1 auf 3,5.

Name des Unternehmens	Am 1. Juli 1914			Am 31. Dezember 1918			Am 28. Febr. 1919	
	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ	Letzte Dividende %	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill ℳ	Kurs %	Kurswert d. Aktienkapit. Mill. ℳ
Dortmunder Union [94]	25	393	15,7	20	332	14,6	—	—
Dortmunder Victoria	2,4	160	1,9	17	127	7	—	—
Düsseldorfer Dietrich	18	315	4,7	10	200	3,—	—	—
Düsseldorfer Höfel	10	166	4,8	8	115	3,1	—	—
E Engelhardt Nfl. [95]	13	197	3,9	15	190	6,4	211	7,1
Frankfurter Henninger	7	122	3,8	7	110	3,4	—	—
Friedrichshain	2	71¾	2,1	5	100	3,—	105	3,15
Germania Berlin	—	50	0,7	0	70	1,—	—	—
Germania Dortmund	9	138¼	4,1	6	105	3,15	—	—
Gevelsberger Brauerei	4	64½	0,9	0	65	0,9	75½	1
Glückauf, Gelsenkirchen	8	121,60	2,9	6	105	2,5	110	2,6
Hannau Hofbräuhaus	3½	67	0,5	3½	60	0,5	—	—
Henninger Reifbräu	—	43½	0,7	5	85	1,4	—	—
Hessische Herkules-Brauerei	9	152¾	5,0	8	130	4,3	—	—
Höferbrauerei Culm	5	64¼	1,0	8	105	1,6	—	—
Holstenbrauerei [96]	14	205	3,1	8	156	7,2	—	—
Hugger, Posen	8½	138	1,7	8½	130	1,6	—	—
Isenbeck & Co.	6	105¾	1,8	5	90	1,6	—	—
Kieler Schloßbräu	6	108	2,2	9	95	1,9	—	—
König Brauerei, Beeck	10	177	24,8	7	125	17,5	—	—
Königstadt	4½	79¼	4,5	4	75	4,3	86½	4,9
Kunterstein	4	82½	0,8	8	100	1,—	—	—
Landré, Weißbierbrauerei	—	73½	1,2	8	130	2,1	161	2,7
Leipziger Riebeck	10	163,10	6,5	10	150	6,—	—	—
Leipziger Riebeck Vorzugs-Aktien	—	114¼	3,4	6	106	3,1	106	3,2
Lindenbrauerei Unna	5	73½	1,6	—	85	1,9	—	—
Lindener Brauerei	13	197	5,9	13	186	5,5	—	—
Löwenbrauerei Berlin	12	221	2,7	5	155	1,8	160	1,9
Löwenbrauerei Dortmund	10	169¼	3,4	10	150	3,—	—	—
Merzig Brauerei	9	157½	1,6	7	105	1,—	—	—
Müser, Langender	8	133½	3,2	8	126	3,0	—	—
Oberschlesische [97]	6	85½	1,3	—	172	3,6	—	—
Oppelner	3	60¾	0,7	8	129	1,4	—	—
Patzenhofer [98]	15	236¼	13,5	14	155	15,3	200	19,8
Paulshöhe, Spitter	5	89	0,9	4	96	1,—	99	1,—
Pfeferberg	10	193	5,4	8	140	3,9	—	—
Reichelbräu	11	223¼	8,4	12	131	6,8	—	—
Rostocker Mahn und Ohl	10	178	3,5	5	100	2,—	—	—
Schlegel, Bochum	11	174½	3,5	12½	161	3,2	—	—
Schöneberger Schloß	11	216	6,5	6	140	4,2	—	—
Schultheiß [99]	16	271¾	37,9	16	208	35,4	248½	42,2
Schwabenbrauerei [100]	10	157	4,1	10	120	3,8	—	—
Sinner	14	232½	18,6	16	200	16,—	232	18,6
v. Tuchersche	14	260	12,2	10	190	8,9	—	—
Vereins-Brauerei Astern	5½	96	1,—	5	76	0,8	—	—
Wicküler Küpper	7	111½	4,9	5	110	4,9	118	5,25

In vorstehenden Tabellen sind die Kurse der in Berlin zum Börsenhandel zugelassenen Aktien von deutschen Banken Brauereien, Industriegesellschaften, Klein- und Straßenbahnen und Schiffahrtsaktien nach dem Stande am 1. Juli 1914, am 31. Dezember 1918 und am 28. Februar 1919 wiedergegeben. Berücksichtigt haben wir nur solche Institute, deren ausgegebene Aktien einen Nominalwert von 5 Mill. ℳ und darüber haben, ferner solche Aktien, die — wenn auch unter 5 Mill. ℳ — in einem der beiden ersten Termine ein Agio von 100 % und mehr aufweisen.

Nach dem Namen der Gesellschaft enthalten die beiden ersten Gruppen die letzte ausbezahlte bzw. erklärte Dividende, hierauf folgt der Kursstand und der Kurswert des jeweiligen nominellen Aktienkapitals. Bei einigen minderwichtigen Gesellschaften, deren Aktien am 28. Februar 1919 keinen amtlich festgestellten Kurs besitzen, haben wir den Kursstand und den Kurswert des Aktienkapitals wie am 31. Dezember 1918 beigefügt. Bei den Brauereiaktien, die jetzt nicht notiert werden, sind im Endergebnis die Werte wie ultimo 1918 berechnet.

In den Anmerkungen sind die seit Juli 1914 bis Ende 1918 seitens der einzelnen Gesellschaften erfolgten Kapitalserhöhungen zu ersehen. Die Endsummen aus diesen Bewegungen lauten:

225 Industriegesellschaften mit einem Aktienkapital am 1. Juli 1914 im Nominalbetrag von 3590,6 Mill. ℳ. Der Kurswert aller dieser Aktien war damals 7051,7 Mill. ℳ bzw. ein Agio von **96,39 %**.

Bis Ende 1918 haben diese Gesellschaften Kapitalserhöhungen im Betrage von 665,55 Mill. ℳ vorgenommen. Der Wert des Nominalaktienkapitals stieg somit auf 4256,15 Mill. ℳ. Der Kurswert stellte sich auf 6961,65 Mill. ℳ und zeigte ein Agio von **63,55 %** bzw. ein Minus gegen den 1. Juli 1914 um **32,84 %**.

Am 28. Februar 1919 war der Nominalwert 4256,15 Mill. ℳ. Der Kurswert hingegen 7630,2 Mill. ℳ und das Agio somit **79,28 %** oder plus gegen Ende 1918 um **15,73 %**.

20 Banken. Nominalwert des Aktienkapitals am 1. Juli 1914 1627,4 Mill. ℳ. Kurswert 2316,55 Mill. ℳ, Agio **42,35 %**. Durch Kapitalserhöhung bis Ende 1918 um 81,4 Mill. ℳ stieg der Nominalwert bis dahin auf 1708,8 Mill. ℳ. Der Kurswert am 31. Dezember 1918 war 2420,9 = Agio **41,67 %** oder minus 0,68 %.

Am 28. Februar 1919 war der Kurswert desselben Aktien-

Seit 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1918 wurde das Aktienkapital erhöht bei:
[94] von 4 auf 4,4. [95] von 2 auf 3,35. [96] von 2,5 auf 4,6. [97] von 1,5 auf 2,1. [98] von 5,7 auf 9,9. [99] von 14 auf 17. [100] von 2,6 auf 3,15.

kapitals 2536,95 Mill. ℳ und ergab ein Aufgeld von **48,46 %** oder plus gegen ultimo 1918 um **7,79** und gegen 1. Juli 1914 um **6,11 %**.

5 Klein- und Straßenbahngesellschaften mit einem Nominalaktienkapital von 181.1 Mill ℳ hatten einen Kurswert von 254,5 Mill. ℳ, somit Agio **40,53 %**. Der Kurswert am 31. Dezember 1918 war 232,2 = Agio **28,22 %** und am 28. Februar 1919 bei einem Kurswert von 245,9 war das Agio **35,78 %**.

9 Schiffahrtsaktien im Nominalwert von 402,3 Mill. ℳ hatten am 1. Juli 1914 einen Kurswert von 529,45 Mill. ℳ oder ein Aufgeld von **31,61 %**. Ende Dezember 1918 war der Kurswert des inzwischen um 11,8 Mill. ℳ erhöhten Aktienkapitals 383,9 Mill. ℳ, mithin minus um 7,29 % gegen pari. Am 28. Februar war der Kurswert 426,1 Mill. ℳ oder 102,90 % und stieg somit in den letzten zwei Monaten um **10,19 %**.

56 Bierbrauereien. Aktienkapital am 1. Juli 1914: Nennwert 162,7 Mill. ℳ. Kurswert 280,9 Mill. ℳ. Agio **72,65 %**. Ende 1918: Aktienkapital 175,9, Mill. ℳ, Kurswert 263,7 Mill. ℳ., plus **49,92 %**. Am 28 Februar endlich nominal 175,9 Mill. ℳ, Kurswert 283 9 Mill. ℳ. = **61,40 %**.

Das Endergebnis stellt sich wie folgt:

315 Gesellschaften	1. Juli 1914	31. Dez. 1918	28. Febr. 1919
		Mill. ℳ	
Aktienkapit. (Nominalw.)	5 964,10	6 736 50	6 736,50
Kurswert..	10 433,10	10 262,35	11 12 3,05
Agio in %	74,96	52,34	65,12

Fab. Landau

Schiffahrt und Schiffbau

England

Schiffahrtsfragen im Unterhaus. Auf eine Anfrage erklärte das Schiffahrtsministerium, daß die englische Regierung keine weiteren Aufträge auf Eisenbeton-Schiffe zu erteilen beabsichtige, da sie für solche Fahrzeuge keine Verwendung mehr habe, und sie sei somit nicht in der Lage, dieser Art des Schiffbaues ihre Förderung angedeihen zu lassen. Die weitere Bestellung und Verwendung von Eisenbeton-Schiffen müsse der Privatinitiative überlassen bleiben. Über die Staatswerften wurde auf Anfrage seitens der Regierung mitgeteilt, daß die dafür aufgewendeten Kosten bis Ende Januar die Höhe von annähernd 4 Mill. £ erreicht haben. In diesem Betrag sind diejenigen Kosten, welche für die bestellten und begonnenen Schiffe aufgewandt wurden, nicht mitenthalten. 18 Hellinge seien fertiggestellt, und die Kiellegung für 6 Schiffe sei erfolgt, von welchen jedoch noch keines zu Wasser gelassen sei. Die Ausschreibung der Staatswerften zum Verkauf hat zwar eine Reihe Anfragen zur Folge gehabt, aber in keinem Falle haben sich daraus Verhandlungen entwickelt.

Hb.

Vom australischen Schiffbau. Nach einem amtlichen Bericht der australischen Regierung waren Ende 1918 auf allen australischen Werften 2393 Werftarbeiter, Maschinenbauer und Holzarbeiter beschäftigt.

Die Ausführung des ehemaligen Bauprogramms der australischen Regierung bleibt zeitlich weit hinter dem Voranschlag zurück, da große Verzögerungen in der Herstellung von Gußteilen sowie in der Lieferung von Platten aus Amerika gemeldet werden. Infolgedessen sind schon die kleineren Platten, soweit deren Herstellung innerhalb der Leistungsfähigkeit der australischen Werke liegt, dem Broken Hill Walzwerk in Auftrag gegeben worden. Der Preis für inländische Platten stellt sich auf 31 £ ab Newcastle (N . S. W.), während die aus Großbritannien eingeführten Platten 24 £ per Tonne kosten. Bei diesem Preisunterschied scheint die Schiffbaumöglichkeit in Australien überhaupt in Frage gestellt. Die im Bauprogramm ursprünglich vorgesehenen 12 hölzernen Dampfer von zusammen rund 30 0000 Tonnen sind sämtlich wieder gestrichen worden. Die der Bauausführung entgegenstehenden technischen und Arbeiterschwierigkeiten, vielleicht auch die mit den amerikanischen Holzschiffen gemachten ungünstigen Erfahrungen werden diesen Entschluß veranlaßt haben.

Hb.

Vereinigte Staaten

Der nordatlantische Passagierverkehr 1918. Nach der vom Landungsagenten in Ellis Island, Mr. W. C. Moore, veröffentlichten Jahresübersicht sind im Jahre 1918 in New York 51 905 Kajütspassagiere und 16 546 Zwischendecker gelandet worden. Davon kamen 27 470 Kajütspassagiere und 12 104 Zwischendecker auf Schiffen der großen transatlantischen Passagierlinien von Europa und 27 735 Kajütspassagiere und 4442 Zwischendecker auf Schiffen von Gesellschaften, die dem Verkehr zwischen New York und Westindien, Zentralamerika, Südamerika usw. dienen. Diese Zahlen reihen sich denen der vorhergehenden Jahre wie folgt an:

	insgesamt		davon im atlantischen Verkehr				
	Zahl d. gelandeten Schiffspassagiere	Zahl der Schiffsankünfte	I. Kajüte	II. Kajüte	Zwischendeck	Zusammen	Anzahl der Schiffsankünfte
1913	1 338 216	2294	95 597	222 282	951 346	1 269 225	1132
1914	735 741	1967	75 606	160 849	442 782	679 237	933
1915	216 274	1435	21 555	55 495	91 912	168 962	516
1916	221 679	1226	22 578	45 058	99 001	166 637	420
1917	113 673	1026	11 485	18 033	39 280	68 798	307
1918	71 751	799	12 709	14 761	12 104	39 574	252

Die Zahl der in New York gelandeten Europapassagiere aller Klassen, die sich im letzten Friedensjahr auf 1 269 225 stellte, ist also während des Krieges auf 39 574, die Zahl der von Europa kommenden Passagierschiffe von 1132 auf 252 zurückgegangen. Auch das letzte Jahr hat gegenüber seinem Vorjahr einen Rückgang des Zwischendeckverkehrs und der Zahl der Schiffsankünfte gebracht.

Bei den einzelnen am Passagierverkehr Europa—New York beteiligten Gesellschaften stellen sich die Beförderungszahlen und die Zahl der ausgeführten Reisen wie folgt:

Schiffahrtsgesellschaft	kommend von	1918 Schiffsankünfte	I. Kajüte	II. Kajüte	Zwischendeck	Zusammen	1917 Schiffsankünfte	I. Kajüte	II. Kajüte	Zwischendeck	Zusammen
Cunard Line	Liverpool	53	2 103	967	1 017		38	982	972	984	
do.	Southampton	3	167	55	30	4 371	—	—	—	—	3 103
do.	London	1	26	—	6		12	29	55	81	
White Star Line	Liverpool	68	2 973	3 085	1 302		32	1 059	753	989	
do.	Glasgow	6	7	192	78	8 089	—	—	—	—	2 801
do.	Southampton	6	369	65	18		—	—	—	—	
Anchor Line	Glasgow	5	98	83	41		8	33	254	132	
do.	Mittelmeer	2	2	10	101	335	3	19	—	677	1 115
Atlantic Transport Line	London	6	2	—	25	27	34	14	3	329	346
Lamport & Holt	Südamerika	6	860	393	708	1 961	19	1 091	921	2 547	4 559
American Line	Liverpool	15	798	1 197	292	2 287	46	2 368	2 803	2 511	7 687
Französische Linie	Bordeaux	41	2 326	4 742	2 413	9 481	40	1 737	4 444	3 368	9 549
Fabre Linie	Mittelmeer	1	12	7	25	44	8	42	213	1 836	2 091
Holland Amerika Linie	Rotterdam	4	1 534	1 430	605	3 569	6	943	1 737	3 305	5 985
Norwegen-Amerika Linie	Christiania	9	710	1 065	1 895	3 670	12	1 059	1 865	5 943	8 867
Scandinavisch. Amerika Linie	Kopenhagen	5	279	352	866	1 497	12	962	1 546	4 901	7 409
Schwedische-Amerika Linie	Gothenburg	2	83	88	318	489	1	77	129	477	683
Transatlantica Italiana	Mittelmeer	7	156	819	1 461	2 436	10	125	1 116	6 659	7 900
Compañia Transatlantica	Mittelmeer	11	187	211	881	1 279	25	939	1 115	4 065	6 119
Transoceanica	Mittelmeer	1	17	—	22	39	—	—	—	—	—
Griechische Linie	Mittelmeer	—	—	—	—	—	1	6	102	476	584
		252	12 709	14 761	12 104	39 574	307	11 485	18 033	39 280	68 798

Wie im Vorjahre, so hat auch diesmal die von Bordeaux fahrende französische Linie (Compagnie Générale Transatlantique) die höchste Passagierzahl aufzuweisen. Ihr zunächst kommen White Star und Cunard Line, die die Zahl ihrer Reisen im letzten Jahre wesentlich erhöht haben. Die White Star Line steht diesmal mit 80 Schiffsankünften gegenüber 32 im Vorjahre verzeichnet, sie hat von allen Linien den lebhaftesten Dienst unterhalten. Dagegen ist der Betrieb der skandinavischen Linien sowie der von Mittelmeerhäfen fahrenden, die 1917 recht beträchtliche Beförderungszahlen erreichen konnten, erheblich zurückgegangen. Auch bei der Holland-Amerika Linie haben sich die Zahlen der Reisen und Passagiere verringert. Die Durchschnittszahl der auf jeder Reise beförderten Passagiere war bei ihr wie im Vorjahre am größten, sie betrug etwa 900.

A. K.

Bestand der amerikanischen Handelsflotte am 1. Januar 1919. Zu den in Nr. 9 des „W.-D.", Seite 185, mitgeteilten Angaben über den Umfang der gesamten seegehenden Handelsflotte (staatliche und private Schiffe über 1000 Br.-Reg.-T.) der Vereinigten Staaten zu Anfang dieses Jahres ist noch nachzutragen, daß sich die vorhandenen 1344 Dampfer von 5 138 664 Br.-Reg.-T. aus folgenden Gruppen zusammensetzten:

	Dampfer	Br.-Reg.-T.
Amerikanische Schiffe am 30. Juni 1914	403	1 375 752
Fremde Schiffe, die nach dem Gesetz v. 18. Aug. 1914 in das amerikanische Schiffsregister aufgenommen wurden	143	623 963
Beschlagnahmte deutsche Schiffe	44	230 676
Erbaut und eingetragen:		
im Fiskaljahr 1915 (endend 30 Juni)	12	62 222
„ „ 1916 („ 30. „)	37	175 419
„ „ 1917 („ 30. „)	82	348 227
„ „ 1918 („ 30. „)	239	950 358
„ II. Halbjahr 1918	384	1 372 047
Zusammen	1344	5 138 664

Darunter waren 208 hölzerne Dampfer von 464 808 Br.-Reg.T., zumeist während des letzten Halbjahrs gebaut. Die in der zweiten Rubrik angegebenen fremden Dampfer waren in den ersten Kriegsmonaten gekaufte englische, deutsche (25 Dampfer mit 130 350 Br.-Reg.-T.), japanische, österreichische usw. Schiffe. Von den beschlagnahmten deutschen Schiffen sind hier nur wurden. Die übrigen fuhren im militärischen Dienst für das wurden. Die übrigen fahren im militärischen Dienst für das War Department oder die Marine.

A. K.

Rohstoffe und Warenmärkte

Holz

Deutschland. Herr Ernst Wiehe in Bremen schreibt uns: „Je mehr die noch im Lande befindlichen Vorräte ausländischer Nutzhölzer auf die Neige gehen, und je schwieriger sich die Einfuhr von Schweden, sowie landwärts gestaltet hat, desto mehr sind der Holzhandel und die Holz verarbeitenden Industrien und Gewerbe auf die deutsche Erzeugung angewiesen. Die deutsche Forstwirtschaft ist durch die lange Dauer des Krieges vor große Aufgaben gestellt worden, die sie bislang trotz Transportschwierigkeiten und Arbeitermangel und sonstiger Schwierigkeiten im großen ganzen zur Zufriedenheit von Handel, Industrie und sonstigen Verbrauchern gelöst hat. Die Marktlage für die meisten deutschen Hölzer muß als sehr fest bezeichnet werden, für Laubhölzer durchweg noch mehr als für Nadelhölzer. Es ist nicht wahrscheinlich, daß hierin in absehbarer Zeit eine Änderung eintreten wird, es ist wohl eher mit einer weiteren Befestigung zu rechnen. Die mit dem 1. April in Kraft tretende Erhöhung der innerdeutschen Frachten um 60% wird eine entsprechend neue Preisfestlegung im Holzhandel veranlassen. — Die sich stark ausdehnende Möbelherstellung richtet in erster Linie ihr Augenmerk auf Eichenholz zur Fabrikation besserer Möbel. Ebenso werden für Waggon- und Schiffsbau ziemliche Posten gebraucht. Weißbuchen lagen sehr fest; sie wurden stark gefragt und verhältnismäßig wenig angeboten. In Rotbuchen machte sich eine leichte Erholung bemerkbar. Aspen wurden wiederholt in älterer Ware angeboten und verkauft, während frisches Holz knapp und teuer blieb. Die Zündholzfabriken sind in der Lage jeden Posten einigermaßen brauchbaren Aspenholzes glatt aufnehmen zu können. In Birken Rund- und Schnittholz war das Angebot knapp und hoch im Preise. Erlen sind gleichfalls zur Zeit ein begehrter Artikel und werden hoch bewertet. Das Interesse für Eschen ist seit Beendigung des Flugzeugbaus für Herreszwecke geringer geworden und dürfte sich auch schwerlich sobald wieder beleben. Auch in Rüstern zeigte sich nur geringer Bedarf. — Lindenholz lag durchweg ziemlich unverändert. — Für deutsches Nußbaum zeigte sich im großen ganzen nur wenig Kauflust, aber auch das Angebot blieb beschränkt. — Die Preise für einigermaßen brauchbare Pappel-Stammenden sind allmählich auf beträchtlicher Höhe angelangt. Der Bedarf in der Kistenherstellung hat letzthin etwas nachgelassen, besonders für Zigarrenkisten. Für Furnierzwecke sind ausgesuchte Stammenden stark begehrt. — Für einigermaßen brauchbare Weiden herrscht Bedarf zu wenig veränderten Preisen.

Unsere Aussichten auf baldige regelmäßige Zufuhren ausländischer Nutzhölzer haben sich weiter verschlechtert. In Amerika rechnet man damit, daß dringend benötigte Waren vor Holz den Vorzug haben werden, doch glaubt man, daß vielleicht mit Seglern allerlei schon bald auf den Weg nach Europa gebracht werden kann. — Die letzten verfügbaren Läger überseeischer Hölzer in Hamburg, Bremen und Brake sind von der Geschäftsführung des Konsortiums der Holzhändlerverbände im Laufe des März zum größeren Teile durch Verkauf im Wege der Abgabe von Geboten dem Handel und Gewerbe zur Verfügung gestellt worden. Diese Vorräte werden es ermöglichen, daß der einheimische Bedarf noch auf einige Zeit befriedigt werden kann. Was sich außer diesen Posten noch in privaten Händen befindet, hält sich nur in bescheidenen Grenzen. Die Preise liegen natürlich außerordentlich hoch. —

Die Einfuhr aus Schweden ist so gut wie stillgelegt, da von der deutschen Regierung die Genehmigung zum Einkauf und zur Bezahlung, wie von den Verkäufern verlangt wird, nicht erlangt werden kann. Ausländische Zahlungsmittel können vorläufig nicht zur Verfügung gestellt werden. Im Geschäft mit Finnland liegt es ebenso, auch hier müssen die deutschen Einfuhrhäuser abwarten. Die Verkaufspreise haben in letzter Zeit wiederholt erhöht werden müssen. Infolge der hohen Einkaufspreise und des schlechten Kurses stellt sich das nordische Holz teurer als das deutsche Nadelholz. Eine Änderung dieser Preisentwicklung ist vorläufig nicht zu erwarten, da die Preise in Schweden wieder beträchtlich hinaufgesetzt worden sind, besonders für Weißholz. Umfangreiche Abschlüsse nach andern Ländern sind in letzter Zeit nicht zustandegekommen, obgleich die Kauflust anhält, und der Bedarf allenthalben groß ist."

Ehemalige Österreichisch-ungarische Monarchie. Ausfuhrbewilligungen für Holz und Sägewaren aus Deutsch-Österreich werden lt. „N. Fr. Pr." v. 12. 3. künftig von den Zweigstellen des Warenverkehrsbureaus in den einzelnen Landeshauptstädten erteilt. Die Lieferungsverträge mit den Firmen Glesinger und Löwy werden nicht als verbindlich betrachtet, da der deutsch-österreichische Staat nicht Rechtsnachfolger der Monarchie ist. In der tschechoslovakischen Republik darf, um eine Ausbeutung vor der Verstaatlichung zu verhindern, nicht mehr gefällt werden, als der Wirtschaftsplan zuläßt. Ungarn hat lt. „N. Fr. Pr." v. 29. 1. mit der rumänischen Regierung größere Lieferungen abgeschlossen. Arbeitskräfte, Material und Waggons stellt Rumänien.

Schweden. Infolge der lebhaften Nachfrage seitens der Ententeländer war der Markt in letzter Zeit sehr lebhaft. Die Preise waren im Febr./März erheblich höher als im Januar. Wie „Aftonbladet" v. 17. 2. berichtet, haben die französischen Aufkäufer die englischen mehrfach überboten. Die neuen Kontrakte wurden mit Privateinfuhrhändlern und nicht mit einer staatlichen Organisation geschlossen. Die britische Einfuhrstelle war daher genötigt, höhere Preise zu bewilligen. Die Ausfuhr betrug 1918 725 000 St. gegen 686 000 in 1917, 1,17 Mill. in 1916 und 874 000 in 1914.

Norwegen. Die Ausfuhr betrug in 10 Monaten lt. „Sjöfartstid." v. 4. 2. in 1000 cbm:

	1917	1918
Nutzholz	827	604
Gehobeltes Holz	225	171
Geschnittenes Holz	307	221
Rundholz	155	97
Zellstoff trocken	116	136
„ naß	2,719	0 0151
Holzmasse trocken	12,3	34,4
„ naß	215,7	216,3

Eine Tonne nasse Masse wird als 0,5 trocken gerechnet

Finnland. Die Ausfuhrzölle wurden ab 1. 2. für Balken, Zimmerholz auf 5, für Papierholz, Bretter, Planken 6 und für Brennholz 10 ℳ je cbm festgesetzt.

Die Vorräte der Sägeindustrie beziffert „Svensk Träv. tid." v. 15. 2 auf etwa 1,2 Mill. St. gegen 425 000 Ende 1914 und 2 bis 300 000 in normalen Zeiten. Neue Abholzungen finden daher nur wenig statt. Die Sägewerke arbeiten augenblicklich nur mit halber Produktion. Von den 63 Papierfabriken des Landes dürften nur 31 in Gang sein. Es herrscht nicht nur Arbeitermangel, es fehlen auch die notwendigen Hilfsstoffe. Sulfatzellstoff ist letzthin überhaupt nicht hergestellt worden und von mechanischer Holzmasse höchstens zwei Drittel der normalen Erzeugung.

England. Die Staatsaufsicht über den Holzmarkt, mit Ausnahme der Einfuhrvorschriften, sollen lt. „Timber Tr. J" baldigst aufgehoben werden. Aus den Lagern der Regierung solle jeder Kaufmann, der vor 1914 Holz einführte, mindestens 50 St. kaufen können. Die Einfuhr von Grubenholz aus Spanien, Portugal, Neu-Fundland und den nordischen Ländern ist nach Erteilung einer Erlaubnis des „Controller of the Timber Supplies" seit 31. 1. wieder frei. Es heißt, daß die britische Regierung in Kanada 500 000 St. für Lieferung im Laufe von 1919 zu niedrigeren Preisen als den skandinavischen gekauft habe. Damit sei der britische Bedarf für das ganze Jahr zwar nicht gedeckt, aber man sieht daraus, daß England außer den nordischen Ländern andere reiche Gebiete zur Verfügung stehen. Die heimischen Wälder, die in den Kriegsjahren furchtbar ausgebeutet wurden, sollen geschont und aufgeforstet werden. Zunächst wurden dafür 100 000 £ bereitgestellt.

Vier große Einfuhrhäuser haben sich unter der Firma Gabriel, Wade & English Ltd. zusammengeschlossen.

Der Handel mit Harthölzern jeder Art ist seit dem 1. 1. wieder frei. Er war freilich trotz aller Hindernisse nicht völlig unterbunden. Die Einfuhr von Mahagoni betrug 1918: 186 t von Kuba und 8703 aus Afrika; auch aus Mittelamerika sind beträchtliche Mengen eingeführt worden, jedoch liegen darüber keine Zahlen vor. Teakholz wurden 684 loads eingeführt gegen 1095 in 1917. Die Vorräte betrugen am 31. 12. 18: 1264 loads gegen 2507 1917. Japanische Harthölzer und brasilianisches Rosenholz wurden nicht eingeführt. Vorräte sind nicht vorhanden; auch die Einfuhr amerikanischer Hölzer und von afrikanischem Buxbaum blieb auf den allernotwendigsten Bedarf beschränkt.

Von Rangoon waren Teakholzverschiffungen nur in beschränktem Maße möglich, während in Bangkok der Holzhandel nur nach Plätzen des fernen Ostens angängig war, so daß sich erhebliche Vorräte angesammelt haben.

Kanada. Wegen Mangel an Arbeitskräften ruhten die Arbeiten in den Wäldern zum Teil, daher ist nach Friedensschluß der Bedarf doppelt groß. Lt. „J. o. C." v. 25. 11. könnten in den Gebieten östlich der Seen leicht 10 000 entlassene Soldaten mit einem Monatsverdienst von 50 bis 75 $ beschäftigt werden.

Britisch-Ostafrika. Der Gesamtwert des Holzbestandes des 1 Mill. acres großen Keniawaldes wird auf 23 Mill. geschätzt. Wegen des Reichtums an Zedern empfiehlt das Empire Resources Committee die Gebiete genau zu erforschen, um die Ausbeutung in die Wege zu leiten.

Salpeter

Chile. Seit Einstellung der Feindseligkeiten befindet sich die chilenische Salpeterindustrie in einer äußerst schwierigen Lage.

Die Verschiffungen haben eine ganz bedeutende Abnahme erfahren. Lt. „Inf." v. 26. 2. wurden in der ersten Hälfte Februar verschifft: (t)

	1919	1918
nach Europa und Ägypten	6 000	41 260
Vereinigte Staaten	12 300	40 150
übrige Länder	10 650	909
zusammen	28 950	82 319

Auch die Arbeiterfrage hat sich letzthin mehr und mehr zugespitzt.

Die Vorräte in Chile sind groß. Anfang Februar waren allein 600 000 tons unverschifft, die der britischen Regierung gehören. Die Ausfuhr betrug lt. „Inf." v. 19. 1. 1918 65.6 Mill. Quintal gegen 40 Mill. in 1914.

Wie das „South American J." v. 1. 3. berichtet, wird die neue Salpeterproduzentenvereinigung künftig zum Preise von 10 s 6 d das Quintal (46 kg) raffinierten Salpeter fas in chilenischen Häfen verkaufen. Trotzdem die meisten Gesellschaften durch die Kriegsgewinne in sehr starker finanzieller Stellung sind, ist bereits viel von einer Stützungsaktion für die Salpeterindustrie die Rede. Es heißt, daß die Regierung beabsichtige, einen Kredit von 30 Mill. $ auszusetzen. Die Hilfe würde in Gestalt staatlicher Ankäufe gewährt werden, die es den Officinas ermöglichen sollen, weiter zu arbeiten, um nicht Tausende brotlos werden zu lassen. Ferner beabsichtige die Regierung, anstelle des Ausfuhrzolls eine besondere Besteuerung der Produzenten nach Maßgabe ihrer Gewinne durchzuführen, um nicht von den Betrieben, die weniger reiche Ländereien besäßen, dieselben Zölle zu erheben, wie von denen, die reiche Lager besitzen.

Vereinigte Staaten. Das Ackerbauamt wird den Landwirten für die kommende Bestellung Salpeter zum Selbstkostenpreis von 81 $ für 2000 lbs. abgeben.

Kohlen

Deutschland. Die tägliche Wagengestellung, für Kohlentransport im Reiche, die im Kriege durchschnittlich 50 000 Waggons zu je 10 t betragen hatte, ist seit Oktober v. J. auf 28 614 am 2. 1. 19 gesunken. Am 28. 2. betrug sie 31 204.

Holland. Wenn es auch gelungen ist, die Förderung ganz bedeutend zu steigern, so genügt sie doch bei weitem nicht, um den Bedarf des Landes, der in normalen Zeiten mindestens 8 Mill. t jährlich beträgt, zu decken. Die Einfuhr, die 1916 noch 5,6 Mill. t betragen hatte, sank 1917 auf 2,6 Mill. t und ist seitdem noch weiter zurückgegangen. Durchschnittlich standen 1917 15 028 Personen im Dienst der Gruben, davon 10 922 unter Tag. Die Förderung betrug nach dem Jahresbericht über den niederländischen Bergbau

in 1000 t:	1915	1916	1917	1918
	2 262	2 656	3 007	3 418

Der Braunkohlenbergbau wurde von 2 Gesellschaften betrieben, der Grube Carisborg in Heerlen und der Grube Bergerode. 1917 wurden nur 42 442 t Braunkohle gefördert.

Einfuhr und Verbrauch von Steinkohlen betrugen in 1000 t:

	Einfuhr	Ausfuhr	Erzeugung	Mehreinf.	Gesamtverbrauch	Verbrauch niederl. Kohle
1901	7 040	2 166	193	4 873	5 066	150
1910	14 789	8 515	1 292	6 331	7 623	384
1914	16 315	8 999	1 929	7 334	9 263	990
1916	8 413	2 208	2 656	5 598	8 254	2 635
1918	1 259	114	3 419	1 145	4 564	3 305

Frankreich. Die Förderung betrug 1918 lt. „Inf." v. 13. 2. 26½ Mill. t gegen 29 Mill. in 1917 und 41 Mill. im Frieden.

Belgien. Während 1913 ungefähr 23 Mill. t gefördert wurden, waren es 1918 lt. „Ag. éc." v. 12. 2. nur 14 Mill. t.

England. Förderung, Verbrauch und Ausfuhr betrugen nach den im „B. T. J." v. 20. 2. veröffentlichten Angaben des

Dep. of Coal Supplies in Mill. tons:	1913	1917	1918
Förderung	287½	248	226½
An der Grube zurückgeh. oder hinzu.	—	+ 2	— 1½
Bergwerksverbrauch	22½	22½	22½
Netto	265	224½	205½
Bunker- und Amiralitätskohle	25½	27	25½
Ausfuhr	77½	38½	34½
Inlandsverbrauch	162	159	145½
Zusammen	265	224½	205½

Mithin zeigt der Inlandsverbrauch 1918 gegen 1913 eine Abnahme von 10 % trotz der vermehrten Ansprüche der Munitionsindustrie. Die Ausfuhr nach den verbündeten Ländern wurde kontingentiert und für neutrale auf die dringendsten Verpflichtungen nach Maßgabe der Dienste in Schiffahrts- oder sonstigen Angelegenheiten herabgesetzt.

Seit Febr. d. J. werden die seit langer Zeit infolge der Zensur nicht mehr veröffentlichten ausführlicheren Angaben über die Kohlenausfuhr wieder veröffentlicht.

Die Kosten der Kohlenförderung, die sich seit Kriegsbeginn bis Ende 1918 ungefähr verdoppelt hatten, haben sich durch die letzten Forderungen der Arbeiter weiter erhöht. Im Kohlenrevier von Südwales betrug die geringste Lohnerhöhung 87 %, die höchste 200 %, der geringste Wochenlohn beträgt 64/9, der höchste 81/9. Die hohen Löhne erfordern 65—70 % aller Mehrkosten, Die tägliche Leistung eines Bergmanns beträgt 243 t gegen 660 in den Ver. Staaten.

Die Preissteigerung für Durham Gaskohle fob Tyne in s/d betrug in den letzten Jahren nach „In en Uitvoer v. 12. 3.;

März	1914	1915	1916	1919
	12	14/6	24/4	58/11

Die Frachten von Cardiff betrugen in s/d je t:

nach	1914	1917	1918
dem La Plata	14/ 1½	107/—	114/—
Alexandrien	10/ 3	110/—	—
Barcelona	9/ 1¾	190/—	358/—
Lissabon	6/ 2¼	85/6	100/—
Bilbao	5/ 4¾	108/6	179/—
Gibraltar	7/11½	86/—	100/—
Genua	8/10½	107/—	114/—

Vereinigte Staaten. Die neuen, im Februar festgesetzten Preise sind lt. „Com. & Fin. Chr." v. 16. 2. in $: Bergwerkskohle 2,40 $ (früher 2), Stückenkohle 2,65 $ (früher 2,25).

Der U. S. Fml. Administrator ist im Dez v. J. von seinem Posten zurückgetreten. Man erwartet, daß die gesamte Kontrolle des Kohlenbergbaus bis zum 1. 4. 9. beseitigt sein wird.

Metalle und Mineralien

Spanien. Die Eisenerzvorkommen werden auf 700 Mill. t. mit einem Durchschnittsgehalt von 50 % geschätzt. Produktion und Ausfuhr von Eisenerz und Schwefelkies betrugen nach der amtlichen Statistik in 1000 t.:

Produktion	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Pyrit	926.9	984.8	730 5	953 6	376.9	
Erz	9 861.6	6 819.9	5 617.8	5 856.8	5 551.0	
Ausfuhr						9 Monate
Pyrit	2 900.3	2 553.7	2 268.2	2 743.4	1 961.9	953.9
Erz	8 907.0	6 083.1	4 449.2	5 045.5	5 137.6	3495

Die bedeutendsten Abnehmer waren im Frieden Deutschland und England. Ersteres führte 1913 aus Spanien ein 3 498 000 tons Eisenerz i. W. v. 72,6 Mill. ℳ und für 21,2 Mill. ℳ Schwefelkies. Englands Einfuhr betrug in 1000 tons:

	1913	1914	1915	1916	1917
Eisenerz	4 714,0	3 533,9	4 147,9	4 505,7	4 272,9
Schwefelkies	559,9	604 3	751,9	819,4	772,5

Geringere Mengen bezogen Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten.

1918 ist die Förderung etwas zurückgegangen. Die Ausfuhr über Bilbao betrug 1918 in 9 Monaten 1,916 Mill. t gegen 1,533 Mill. in 1917. Die Vorräte in Vizcaya haben bedeutend gegen das Vorjahr abgenommen.

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht

erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse"

Weizen

Vereinigte Staaten. Die amerikanische Weizenfrage scheint nach einer englischen Meldung vom 5. März eine Lösung erfahren zu haben. Präsident Wilson hat das Gesetz unterzeichnet, welches der Regierung einen Fonds von 1 Milliarde $ bewilligt, aus dem die den Farmern auch für die diesjährige Ernte gegebene Garantie von 220 cts je bushel aufrechterhalten werden soll. Die Wirkung dieses Gesetzes auf die amerikanischen Weizenpreise ist bisher nicht fühlbar gewesen, da beide Weizensorten unverändert weiter 237½ cts loko New York notieren.

Die amerikanischen Ernteaussichten bleiben weiter günstig. Im amtlichen Washingtonbericht vom 8. 3. über den Ausfall der Ernte weicht das Weizenresultat mit 917,06 Mill. bushels (25,1 Mill. tons) nur unwesentlich von der Oktoberschätzung ab. Als verbraucht werden gemeldet 787,760 Mill. bushels (21,5 Mill. tons), als am 1. 3. noch in Händen der Farmer befindlich 129,300 Mill. bushels (3,54 Mill. tons). Diese Zahlen sind äußerst beachtenswert angesichts einer im „Wall Street Journal" veröffentlichten Aufstellung des Präsidenten des amerikanischen Getreidesyndikats Julius H. Barnes, worin das Vorhandensein eines Weizenüberschusses in den Vereinigten Staaten geleugnet wird. Barnes schätzt, fast gleichlautend mit dem vorerwähnten Bericht, die letzte Ernte auf

		918	Mill. bushels
hiervon gehen ab für Aussaat rund	100		
für amerikanischen Bedarf	470	570	„ „
so daß		348	Mill. bushels
für die Ausfuhr verblieben. Da bis zum 1. 2.		180	„ „

verschifft worden sind, so ergebe sich ein Saldo von 168 Mill. bushels, denen 165 Mill. bushels amerikanische Verpflichtungen für die Alliierten und Neutralen gegenüberständen. Zur Deckung dieser Mengen besitze die Grain Corporation 145 Mill. bushels; aus den in den Mühlen und Elevatoren lagernden 100 Mill. bushels und den von den Farmern noch zu erwartenden 150 Mill. bushels müsse man den amerikanischen Bedarf bis zur Ernte und die für alle Fälle notwendige Reserve bestreiten, die mit 200 bzw. 50 Mill. bushels zu veranschlagen sind. Überdies müsse den Alliierten ein weiterer Kredit eingeräumt werden, da diese nicht in der Lage sind, Kasse zu zahlen. Für die neue Ernte wären Lagerungsmöglichkeiten für 570 Mill. bushels vorhanden." Diese Daten werden von fachmännischer Seite in Amerika bezweifelt. Man glaubt 100 bis 200 Mill. bushels Weizen in die neue Ernte hinübernehmen zu müssen. Angesichts einer im Juli zu erwartenden gewaltigen neuen Ernte scheinen die Zahlen von Barnes einen besonderen Zweck zu haben. Die Vermutung liegt sogar nahe, daß sie die jetzigen hohen Preise, zu denen Amerika seinen Weizen abgibt, den Alliierten gegenüber bemänteln sollen. Um nur eine Zahl der Barnes'schen Angaben herauszugreifen, sei erwähnt, daß nach den amtlichen statistischen Meldungen die Vereinigten Staaten in 7 Monaten, d. h. v. 1. 7. 18 bis 31. 1. 19 162,2 Mill. bushels an Weizen und Mehl verschifft haben, während Barnes 180 Mill. bushels annimmt.

Die sichtbaren Weizenvorräte v. 15. 3. zeigen eine kleine Abnahme und betrugen 111,583 Mill. bushels (3,05 Mill. tons). Andere Getreidesorten sind unwesentlich verändert, wie die folgende Aufstellung im einzelnen angibt (in 1000 bushels):

	15. 3. 19	8. 3. 19	16. 3. 18	17. 3. 17	Unterschied gegen Vorwoche	gl. Wo. 18
Weizen (Ver. Staat.)	111 583	115 529	7 750	52 767	— 3946	— 744
„ (Kanada)	40 575	44 834	12 893	33 140	— 4249	— 1589
Mais (Ver. Staat.)	3 374	4 007	12 757	12 714	— 633	+ 1489
Hafer („)	26 840	27 452	17 158	36 101	— 612	+ 1912
Roggen („)	15 227	16 676	1 086	1 905	— 1449	— 86
Gerste („)	10 452	10 553	4 492	4 603	— 101	+ 118

Kanada. Die kanadischen Ernteaussichten bleiben weiter günstig. In England wird von fachmännischer Seite wiederholt auf den Weizenexportüberschuß von 60 bis 70 Mill. bushels (1,6 bis 1,9 Mill. tons) hingewiesen, der unter allen Umständen verschifft werden muß, weil für die neue Ernte keine Minimalpreise festgelegt worden sind. Die Verladung müßte von Mai bis August vor sich gehen und würde mit 300 000 qrs (65 400 tons) wöchentlich eine sehr beträchtliche Erhöhung der amerikanischen Wochenverschiffung ausmachen.

Australien. Nach den letzten uns vorliegenden Nachrichten ist überall reichlich Regen gefallen. Die Trockenheit scheint ganz vorüber zu sein. Die Verladungen in der ersten März-Woche belaufen sich auf 300 000 qrs (65 400 tons). Neue Verkäufe sind wiederum nach Schweden zu 5 s 9 d je bushel und 6 s 2 d für Indien getätigt worden. Die viel erwähnte Käferplage (weevils) scheint nach einem Spezialbericht im „Lond. Gr. S. & O. R." v. 21. 2. erfolgreich bekämpft zu sein. Die neue Ernte hat man durch eine besondere Art der Lagerung zu retten versucht, durch welche die Entwicklung der Käfer unmöglich gemacht wurde. Bei den alten Lägern, bei denen sich diese Insekten bereits in den Körnern befanden, ist durch Erhitzung bis 145 ° Fahrenheit (ohne die Qualität des Weizens zu gefährden) eine vollkom-

mene Abtötung erzielt. Die dazu notwendigen Maschinen leisten 20 000 bushels per Tag und liefern schon nach 2 Minuten Betrieb einen Eimer voll Käfer. Der Erfinder dieses Verfahrens Professor H. Maxwell Lefroy hat bis jetzt für die Insektenleichen noch keinerlei Verwendung gefunden, doch hält er diese für Seifenfabrikation brauchbar. Im Anschluß hieran sei auf eine Meldung aus Vancouver v. 31. 1. hingewiesen, in der man auf die Gefahren hinweist, die den kanadischen Lagerhäusern durch Einlagerung des stark verkrebsten australischen Weizens, wie ihn die letzten Ladungen gebracht haben, erwachsen können. Derartige Ladungen beweisen, daß der große australische Überschuß doch nicht jene wertvolle Nahrung darstelle, wie man allgemein angenommen.

Argentinien. Die letzten uns vorliegenden Nachrichten besagen, daß durch die kürzlich niedergegangenen heftigen Regenfälle die im Freien lagernden Weizenvorräte Beschädigung erlitten. Der letzte gemeldete Weizenpreis ist 10.25 Pesos. Vorräte 160 000 tons. Tendenz willig.

England. An den englischen Weizenmärkten war in der zweiten Märzhälfte an verschiedenen Markttagen ein größeres Angebot von amerikanischem und kanadischem Weizen. Inländischer Weizen wurde je nach Qualität mit 73 bis 77 s für 480 lbs bezahlt. Die ungünstige Witterung hält weiter an.

Die Befreiung des Weizenimportes von der lästigen Kontrolle der Royal Commission scheint nach einer Anfang März gehaltenen Rede des Nahrungsmittelministers G. H. Roberts wieder in weite Ferne gerückt zu sein.

Im Gegensatz zu Weizen sind für andere Getreidesorten seit dem 17. 3. Erleichterungen eingetreten.

Mais

Das Gesamterträgnis der diesjährigen Maisernte der Vereinigten Staaten wird laut Märzbericht mit 2,583,000,000 bushels angegeben (65,6 Mill. tons). Die Reserven in Händen der Farmer betrugen am 1. 3. 845,500,000 bushels (24,2 Mill. tons). Verbraucht sind bis 1. 3. 1,737,500,000 bushels (44,13 Mill. tons). Die marktfähige Ware stellt sich auf 82,5 %. Die Maispreise haben in der zweiten Märzhälfte eine weitere scharfe Erhöhung erfahren. Chicago notiert am 21. 3. 155 cts für März, 145¾ für Mai und 137½ für Juli. Im Vergleich zu unserem letzten Bericht beträgt die Steigerung gegen den 7. 3. 15 cts je bushel. Von Argentinien lauten die Aussichten für Maisernte weiter günstig. Der zuletzt gemeldete Preis v. 13. 3. beträgt 4,15 Pesos; Vorräte 295 000 tons. In England ist durch die Royal Commission der Maispreis seit dem 17. 3. um 10—15 s je quarter herabgesetzt. Hiernach kostet amerikanischer und La Plata-Mais 60, südafrikanischer 65 s je qr.

Hafer

Die amerikanischen Hafernotierungen haben in der zweiten Hälfte März weiter angezogen. Märzhafer notiert am 22. 3. 67 cts, Mai 67½ cts. Der Erntebericht vom 8. 3. bringt als Endergebnis 1,538,000,000 bushels (22,45 Mill. tons); in Händen der Farmer 38,2 % mit 588,400,000 (8,5 Mill. tons), während der Verbrauch mit 949,600,000 bushels (13,8 Mill. tons) angegeben wird. Von Argentinien wird laut Kabel v. 13. 3. gemeldet, daß der kürzlich niedergegangene Regen die im Freien lagernden Vorräte an Hafer ebenfalls beschädigt hätte. Die Tendenz ist ruhig, Preis 5,85 Pesos, Vorräte 35 000 tons.

Ölsaaten und Ölkuchen

Der amerikanische Leinsaatmarkt war in der letzten Berichtsperiode fest und steigend. Duluth notiert am 19. 3. 374 cts für März und 362 cts für Juli. Die Steigerung beträgt somit gegen Anfang des Monats fast 15 cts. Amerikanische Berichte aus der letzten Februarhälfte lauten dahin, daß der europäische Bedarf den südamerikanischen Export ganz aufnehmen wird. Die nordamerikanische Ernte genüge aber kaum, um die Hälfte des Verbrauchs in den Vereinigten Staaten zu decken. Über die zukünftige Gestaltung des Marktes gehen die Ansichten stark auseinander. Aus den letzten uns vorliegenden Nachrichten wird von der Beschädigung der im Freien lagernden Partien berichtet. Tendenz willig; Preis 18,85 Pesos; Vorräte 65 000 tons.

Die indische Erdnußernte beträgt nur 490 000 tons gegen 1,042 Mill. tons im Vorjahre.

Ölkuchen. An den englischen Märkten bleibt die Nachfrage nach hochprozentigen Futtermitteln, besonders Leinsaat und Baumwollsaatkuchen, überaus rege. Beide Sorten sind äußerst knapp und genügen dem sehr starken Bedarf nicht. Mühlenabfälle sind reichlicher angeboten zu ermäßigten Preisen. Von der im vorigen Bericht erwähnten Befreiung der Leinkuchenkontrolle (Nr. 11) fehlt bisher jede weitere Bestätigung. Dagegen ist festzustellen, daß für Gerste, Erbsen und Bohnen folgende Erleichterungen angeordnet sind: Die Kontrolle für kalifornische, Oregon- und Chiligerste ist aufgehoben; englische Gerste ist frei mit Ausnahme der für Malzzwecke bestimmten Qualität; die Preise für Speisebohnen und Erbsen sind bedeutend herabgesetzt und zwar grüne Erbsen von 66 £ je ton auf 48 £ 15 s, weiße große flache Speisebohnen (Madagascar Butter beans) von 58 auf 40 £ 15 s, kleine weiße Bohnen von 40 auf 20 £ und brasilianische bunte Bohnen von 35 auf 20 £. Ferner sind dementsprechend die Kleinhandelspreise für 1 lbs große weiße Bohnen (Madagascar Butter beans) auf 6 d, weiße kleine Bohnen 3 d, bunte Speisebohnen 3 d und ganze und halbe grüne Splitterbsen auf 7 d ermäßigt.

Die brasilianischen Bohnenverschiffungen v. 1. 1. bis 31. 10. 18 werden mit 482 000 qrs zu je 480 lbs angegeben.

Wichtige Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Allgemeines

„Grundzüge der Volkswirtschaftslehre". Von W. Gelesnoff. Nach einer vom Verf. für die deutsche Ausgabe vorgenommenen Neubearbeitung d. russ. Originals übers. v. Dr. E. Altschul. Leipzig, Berlin: Teubner 1918. 613 S.

Der Moskauer Professor will in diesem Werke weniger ein sorgfältig zusammengetragenes materialreiches Lehrbuch geben, als vielmehr ein Lesebuch, das die wichtigsten Probleme der Volkswirtschaftslehre behandelt. Der Hauptwert der Arbeit dürfte in der anregenden und leicht verständlichen Darstellung zu suchen sein.

„Zwang oder Freiheit?" Eine wirtschaftliche Betrachtung. Von Julius Meinl. Wien: Manz 1918. 48 S.

„Die deutsche Kolonialpolitik vor dem Gerichtshof der Welt." Eine deutsche Antwort von Kolonialpolitikern und Missionaren. Basel: Finckh 1918. 66 S.

Revolution, Papierknappheit, Wahlen haben es dem deutschen Volk seit einigen Monaten schwer gemacht gegen die verleumderischen Angriffe der Feinde auf seine Kolonialpolitik zu antworten. Dafür regt sich jetzt die Abwehr um so kräftiger. Das vorliegende Heftchen ist ein glänzender Hieb. Duplizität der Ereignisse schadet dabei nicht: ein Teil des Inhalts behandelt dieselben Gegenstände wie die Flugschriften zur Verleumdungsabwehr, hergg. v. d. Hamburgischen Kriegsausschuß der Kolonialdeutschen. H. Z.

„Englische Urteile über die deutsche Kolonisationsarbeit". Herausgg. v. A. Mansfeld u. G Hildebrand. Berlin: D. Reimer 1919. 46 S.

Das Heftchen ist eine verdienstliche Tat, wenn auch die Zitate dieser Übersetzungen zum großen Teil sich decken mit denen im Beiheft zum Wirtschaftsdienst v. 31. 1. 1919, da beiden Veröffentlichungen im wesentlichen das Material der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonial-Instituts zu Grunde liegt. H. Z.

„Correspondence relating to the wishes of the natives of the German colonies as to their future government". London: Stat. Off. 1918. 59 S. (Cd. 9210.)

Auf diese im Auge jedes Kolonialkenners kindliche Spekulation auf die Naivität des Publikums sei uns ein Vorschlag gestattet: Räumt uns sämtliche britischen Kolonien auf ein halbes Jahr ein. Und wenn es uns nicht unschwer gelingt, in jeder eine Abstimmung der Eingeborenen gegen die englische und für die deutsche Verwaltung herbeizuführen, dann sollt ihr eure Kolonien wiederhaben und unsere dazu, weil dann unsere Unfähigkeit, Eingeborene zu regieren, wirklich erwiesen wäre. H. Z.

Verantwortlich: für Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.